

Greifgag, den 16. Dezember 1932

Verlagsort: Dresden
Ausgegebene: Die hochwertige Postzelle 80 Pf. Sammlungs-
zettel u. Stempelzettel 20 Pf. Die Postkartenzelle 15 Pf.
Bereit, 1 M. Für Ausgaben außerhalb des Versandgebietes sind
40 Pf. die Postkartenzelle 1,80 M. Preisgeb. 30 Pf. Im Falle
höherer Gewicht erhältliche Verpflichtung auf Lieferung 100 Pf.
Schiffung u. Anzeigen, Stellzettel u. Zeitung u. Schreibzettel
Geschäftlicher Zettl: W. Winkel, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Geldstättstelle, Druck und Verlag: Germania
Gutsdruckerei und Verlag Dresden-R.1, Postleitz. 17,
Arenen 21012, Postleitziffer Dresden 1025, Bank-
kontor Stadtbank Dresden Nr. 94707.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Oberen-Mühle 1, Postleitz. 17, Berlin 2011
und 21012

Preußenfrage endgültig verlagt

Die Deutschnationalen lehnen Mitwirkung ab, solange NSDAP in Opposition bleibt

Ein Korb für Kerrl

v.d. Berlin, 15. Dezember.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Landtagsfraktion, Dr. v. Winterfeldt, hat, wie das Nachrichtenbüro des BDZ meldet, am Donnerstag dem Landtagspräsidenten Kerrl, der mit den Deutschnationalen über ihre Beteiligung an der Regierungsbildung verhandelt hatte, folgende Mitteilung zugehen lassen: „Die deutschnationale preußische Landtagsfraktion ist

aus grundsätzlichen Erwägungen zu einer Beteiligung an der vorgeschlagenen Regierung in Preußen zurzeit nicht bereit.

Die Frage der Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem Zentrum, mit dem Verhandlungen weiterseits nicht stattgefunden haben, braucht hier nicht erörtert zu werden; denn die Ablehnung der Regierungsbeteiligung muss schon deshalb erfolgen, weil wegen der grundsätzlichen Oppositionstellung der NSDAP gegen das Reichskabinett nicht die Gewähr dafür gegeben ist, dass mit Bildung der geplanten preußischen Regierung kein neuer Gegensatz zwischen Reich und Preußen und kein neues verhängnisvolles Gegeneinander der Reichsregierung und der preußischen Regierung wieder in Erscheinung treten würde.“

Mit diesem Korb, den die Deutschnationalen dem preußischen Landtagspräsidenten Kerrl ertheilt haben, ist die Lösung der Preußenfrage endgültig auf das neue Jahr verschoben worden. Der Versuch, unter Ausschaltung des Zentrums die Neuwahl des preußischen Ministerpräsidenten herbeizuführen, dürfte damit endgültig erledigt sein.

Will die NSDAP Schleicher tolerieren?

München, 15. Dezember. (E. M.)

Zu den Beratungen im Haushaltsausschuss des Reichstages schreibt die Nationalsozialistische Korrespondenz, wenn der Nationalsozialist Reinhardt bestimmt Vorschläge gemacht habe, so sei dies lediglich geschehen, um der furchtbaren Not der Arbeitnehmermassen zu entern und unter Ablehnung einer sturen Verneinung Wege zur Behebung dieses Elends zu weisen. Hierdurch solle keineswegs dem Kabinett Schleicher „ein Ausweg aus der Situation“ gebahnt werden, es werde vielmehr jetzt der Reichsregierung Gelegenheit gegeben, die „sozialen Sünden ihrer Vorgängerinnen wieder gutzumachen“.

In welchem Maße dies geschehe, davon werde die Stellungnahme der nationalsozialistischen Reichs- tagsfraktion im Januar abhängen.

Verweigerte sich das Kabinett Schleicher dieser nationalen und sozialen Pflicht, dann werde allerdings die Entwicklung zur Auflösung des Reichstags führen. Alles andere seien Phantasien. Damit erledigte sich auch die Kombination, die Nationalsozialisten würden, mit Hilfe des Reichstagspräsidenten Göring versuchen, die Tagung des Reichstages bis in den März hinein aufzuschieben, um auf diese Weise der Notwendigkeit einer Stellungnahme zur Regierung Schleicher entkommen zu sein.

Diese Verlautbarung des Organs der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion klingt zwar noch stolz genug, aber immerhin viel läster, als die bisherigen Ausführungen der NSDAP. Hier zum ersten Male wird die Bereitwilligkeit der Partei ausgesprochen dem Kabinett Schleicher eine Chance zu geben. Diese Einkehr bei der NSDAP, dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, dass die Parteiführung klar

erkennt, wie unerwünscht für die NSDAP Reichstagswahlen im Laufe des nächsten halben Jahres wären. Daneben dürfte bestimmt der Wunsch sein, sich neue Wege offen zu halten: Hat Schleicher Erfolg, dann wird man diesen Erfolg als Ergebnis der nationalsozialistischen Ratschläge in Anspruch nehmen. Hat er keinen Erfolg, dann wird man gegen ihn vorgehen mit der Parole, die Nachfolge der Ratschläge Hitlers habe neues Elend über Deutschland herausbeschworen . . .

Hitler organisiert seine Partei um

München, 15. Dezember. (E. M.) Die nationalsozialistische Korrespondenz veröffentlicht Anordnungen Adolf Hitlers über den Neuaufbau der politischen Organisation der NSDAP. II. a. wird „veröffentlicht“: Die Abteilung für Volksbildung, bisher in der Hauptabteilung 3 der politischen Organisation, wird von dieser gelöst und von jetzt ab der Reichspropagandaleitung unterstellt. Die innerpolitische Abteilung, bisher in der Haupt-

abteilung 3 der politischen Organisation, wird aus dieser gelöst und der Rechtsabteilung der Reichsleitung zugewiesen. Der agrarpolitische Apparat der NSDAP, sowie die ihm angehörenden Abteilungen der Reichsleitung der NSDAP, werden aus der Reichsorganisationsleitung herausgenommen und Adolf Hitler unmittelbar unterstellt. Mit der Leitung beauftragt dieser den Parteigenossen H. Walter Darre, dem künftig auch die gesamte agrarpolitische Tätigkeit der NSDAP untersteht. Die Reichsinspektionen 1 und 2 werden in ihrer derzeitigen Form mit dem heutigen Tage aufgelöst. Statt ihrer werden die Landesinspektoren und Gauleiter mit den Posten von Kommissaren größerer Gebiete betraut.

Der Zweck dieser Anordnungen ist offenbar ein doppelter: Einmal soll die Organisation der NSDAP, einheitlicher und schlagkräftiger gestaltet werden. Zum anderen will Hitler offenbar die Eiferlüstlein zwischen einzelnen seiner Unterglieder ausschalten. Ob diese Wendungen den langjährigen Verfall der NSDAP aufzuhalten werden, bleibt abzuwarten. — Bewertenswert ist die einflussreiche Stellung, die Herr Darre erhält. Dieser Mann ist der Schöpfer des fabelhaften Planes, die in der Tierzucht gemachten Erfahrungen (Entzüchtungen in Zuchtkassen) auf das deutsche Volk anzuwenden und damit der „Höherzüchtung der Rasse“ zu dienen . . .

Amerika ignoriert . . .

Keine besondere Antwort an die Zahlungsverweigerer

Washington, 15. Dezember. (Reuter)

In gut unterrichteten Kreisen glaubt man, dass der Zahlungsverzug Frankreichs, Belgiens und Polens wahrscheinlich einen starken Einfluss auf die Debatte über die Schuldensfrage ausüben werde, die der Präsident demnächst an den Kongress zu richten gedenkt. Man erwartet, dass in den nächsten 14 Tagen von allen Schuldner einzeln an die Vereinigten Staaten gesandte Briefe um eine Revision der Kriegsschulden eingehen. Man nimmt an,

dass die Wünsche derjenigen Länder, die die fällige Zahlung geleistet haben, vor denjenigen der in Zahlungsverzug geratenen Staaten geprüft werden.

Paris, 15. Dezember.

Über die Aufnahme der französischen Zahlungsverweigerung in Amerika berichtet Havas aus Washington, dass die amerikanische Regierung sich darauf bekräftigen werde, die Tatsache der Zahlungsverweigerung durch Frankreich festzustellen,

ohne jedoch besondere Maßnahmen zu ergreifen.

Gewisse Zeitungen hätten von der Möglichkeit der Abberufung des Botschafters oder von Handelskampf gesprochen. Eine offizielle Persönlichkeit hat den Havas-Korrespondenten versichert, dass die Nachrichten der Begründung entbehren. Die amerikanische Regierung und politische Kreise seien zwar über die französische Zah-

lungsverweigerung bestürzt und verletzt, sie könne ablehnen, weil sie die Regelung der Weltwirtschaftsfrage vereitelt und für lange Zeit jede Verhandlung mit Frankreich über die Schulden und wahrscheinlich auch über anderes unterbreche. — Der Washingtoner Korrespondent des Petit Parisien schreibt,

in Amerika wächst die Feindseligkeit gegenüber Frankreich.

Eines der sichersten Ergebnisse der Zahlungsverweigerung werde sein, Frankreich auf längere Zeit der amerikanischen Sympathien auf allen Gebieten zu berauben.

Die Regierungsbildung in Frankreich

Paris, 15. Dezember. Der Präsident der Republik hat gestern, wie berichtet, die Präsidenten der Kammer und des Senats empfangen. Es scheint, dass der von vielen Rechtsblättern zum Ausdruck gebrachte Gedanke der Schaffung einer nationalen Einigung vom Präsidenten der Republik vorläufig noch nicht erwogen worden ist. Am Ende ist man der Auffassung, dass das Kabinett Herriot über eine technische Frage gestützt sei, so dass also keine Veranlassung vorliege, der neuen Regierung eine andere Grundlage zu geben, als die der gestürzten Regierung. Es wird daher angenommen, dass Präsident Debénat heute nachmittag Herriot zu sich beruft, um ihm ernst die Kabinettssbildung anzubieten. Da der neue Ministerpräsident aber zu einem praktischen Ergebnis in der Zahlungsfrage gelangen müsste, dürfte es wahrscheinlich sein,

dass Herriot, wenn er nicht eine neue Formel vorschlägen hat, das ihm angebotene Mandat nicht annnehmen wird.

Zu diesem Falle müsste der Präsident der Republik einen radikalen Senator oder einen radikalen Abgeordneten mit der Neubildung der Regierung betrauen. Man nennt als Kandidaten Innenminister Chautemps, den Minister für öffentliche Arbeiten Daladier, Kolonialminister Albert Sarraut, Außenminister Paul Painlevé, Senator Siegfried und Barthou.

Austritt Mexicos aus dem Völkerbund?

Wib. Genf, 15. Dezember. Mexiko hat eine Note an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet, in der mitgeteilt wird, dass Mexiko von der zweijährigen Rückabwicklungstritt vorzeitig Gebrauch mache, um eventuell sich wieder vom Völkerbund zurückzuziehen zu können. Zur Begründung werden die finanziellen Schwierigkeiten angegeben, die es als ungünstig erscheinen ließen, ob Mexiko häufig in den Voge sei, seinen Beitragserfüllungen nachzukommen.

Bericht der Verhandlungen des Sächsischen Landtages

Dresden, 15. Dezember.

Der Sächsische Landtag begann seine heutige, letzte Sitzung vor den Weihnachtsferien mit reichlich halbstündiger Verspätung. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge gegen die Auflösung der Amtshauptmannschaften Oelsnitz i. B., Dippoldiswalde und Werdau. Bei Schluss der Rededienst hatte die Regierung hierzu noch nicht das Wort ergriffen.

Weiter stehen heute auf der Tagesordnung die Amnestie-Anträge. Die Regierung will dazu, wie wir hören, eine längere Erklärung abgeben.

Die Kultur-Debatte im Preußischen Landtag

W. Berlin, 15. Dezember.

Der Kultusminister des Preußischen Landtages beschloß, von den vorgelesenen Kulturdebatte, die in 4 Abschnitten behandelt werden sollten, die beiden Abfertigungen „Schulangelegenheiten“ und „Kirche“ abzuschieben, so daß nur der allgemeine Abschnitt und der Abschnitt „Theater- und Rundfunkangelegenheiten“ vom Landtag jetzt noch erledigt werden sollen. Das Landtagsplenum will diese Arbeiten vielleicht noch heute, sonst am Freitag zum Abschluß bringen und sich dann voraussichtlich bis zum 17. Januar vertagen.

Der Preußische Landtag erledigte in seiner Donnersitzung zunächst kleine Vorlagen. Dann wird die Beratung fortgesetzt, über den Bericht des Handelsausschusses zu den Anträgen gegen die Stilllegung der Zechen „Sachsen 1–2“ (Westfälisches Bergbauregion). Der Handelsausschuß ersucht in seinem Antrag die Regierung, alle Maßnahmen zu ergreifen, um eine Stilllegung der Zechen zu verhindern und die Quotenübertretung der Zechen Sachsen auf eine andere zu verbieten.

Abg. Meyer (Westfalen) (AfD) betont, daß seine Fraktion die Verhinderung der Stilllegung der Zechen Sachsen für notwendig und dringend halte, weil andernfalls tausende von Arbeitern erwerbslos würden und eine blühende Gemeinde zerstört werden würde.

Abg. Schämer (Zentrum) sprach die Erwartung aus, daß durch den Landtagsbeschluss eine Verhinderung in dem Gebiet von Hamm wiederhergestellt werde, zumal es sich bei der Zechen Sachsen um einen sehr leistungsfähigen Betrieb handele.

Der Antrag des Handelsausschusses wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso wird ein Beschluss des Handelsausschusses bestätigt, wonach die staatlichen Bergbauunternehmen von ihren Halbstaaten Brennstoff zum Preise von 20 Pf. für den Zentner an die Familien der Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger abgeben sollen. Auf die privaten Kohlenbergbaugesellschaften soll im gleichen Sinne eingewirkt werden. Ein weiterer Ausschusshandlung, der angenommen wird, ersucht das Staatsministerium, die Gehälter der Direktoren und höheren Beamten der Mansfeld-L.A.G. denen der unteren Beamten und Angestellten anzugeleichen.

Brotzeit abberufen

Berlin, 15. Dezember. Der Brotzeitrat der BVG beschloß, Brotzeit als Vorstandsmitglied der BVG abzuberufen und mit sofortiger Wirkung auf seine weitere Dienstleistung zu verzichten.

Eine Neubesetzung des Postens ist nicht vorgesehen. Brotzeit erhält also weiter sein Gehalt bis zum Ablauf seines Vertrages, also bis zum 31. Dezember 1933 und wird dann pensioniert, vorausgelegt, daß nicht inzwischen der Ausgang des gegen ihn schwelbenden Strafverfahrens wegen Meineids eine andere Regelung, gegebenenfalls eine fristlose Entlastung ohne Pensionsansprüche rechtfertigen würde.

Urteil im Herforder Sprengstoff-Prozeß

Leipzig, 15. Dezember. Im Herforder Sprengstoff-Prozeß gegen Herforder Kommunisten sollte das Reichsgericht am Donnerstag das Urteil. Sieben Angeklagte wurden zu 1 bis 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt, vier Angeklagte zu 9 bis 18 Monaten Gefängnis, zwei Angeklagte zu Festungsstrafe.

Strafanträge im Zelleneck-Prozeß.

Berlin, 15. Dezember. (E. M.) Gegen die Angeklagten im Zelleneck-Prozeß stellte der Staatsanwalt heute die Strafanträge. Gegen 5 nationalsozialistische Angeklagte wurden zwei bis zweieinhalb Jahre Zuchthaus beantragt, gegen 12 kommunistische Angeklagte 5–8 Jahre Zuchthaus, gegen 5 weitere kommunistische Angeklagte 1½ und 2 Jahre Gefängnis.

Bundesrat Schulteß schweizerischer Bundespräsident

W. Bern, 15. Dezember. Das vereinigte Parlament aus Nationalrat und Ständerat wählte zum Bundespräsidenten für das Jahr 1933 den Bundesrat Schulteß, Leiter des Volkswirtschaftsdepartements und zum Vizepräsidenten den Bundesrat Pilet, Leiter des Post- und Eisenbahndepartements.

Italienisch-jugoslawische Spannung

Mussolinis Ansprache im Senat über die Vorfälle in Trau.

Rom, 14. Dezember. Die heutige Protestkundgebung des Senats wegen der Zerstörung venezianischer Embleme in Jugoslawien wurde nach der Rede Mussolinis zum Zeichen der „Solidarität ganz Italiens mit den in Jugoslawien lebenden Italienern“ verlängert. Mussolini erklärte in seiner Antwort auf die Interpellationen, die Ereignisse von Trau, Reggio und den anderen Orten mühten als Symptome einer italienischen inneren Unruhe angesehen werden; sie seien nicht das Werk von Einzelpersonen oder aufsextreter Gruppen, sondern entsprächen einem genauen Plan. Die wahren Schuldigen seien in gewissen Elementen der politischen Elite des Nachbarstaates zu suchen.

Der Sinn der Genfer Formel

Unterschiede der deutschen und französischen Auslegung

W. Paris, 15. Dezember.

Havas veröffentlichte eine längere Auslassung aus Genf, die vermutlich von dem französischen Delegierten Massigli ausgeht und die in der deutschen Presse am 12. Dezember erschienenen Auslegungen der Einigungsformel der 5 Mächte als „zumindest tendenziös“ bezeichnet. In der Auslassung heißt es u. a.: Das Abkommen der fünf Mächte lasse die Bewilligung der Gleichberechtigung zugunsten der durch den Verfaßter Vertrag entwaffneten Länder

nur innerhalb eines Regimes zu, das für alle Nationen die Sicherheit in sich schließe.

Man könne nicht klarer darauf hinweisen, daß die Gleichberechtigung ein Ziel, aber nicht ein Ausgangspunkt sei. In diesem Punkt habe sich die französische These nicht geändert, ebensowenig hinsichtlich der grundlegenden Verbindung mit der Sicherheit.

Die deutsche Presse begrüßte, daß die Einzelheiten der Durchführung des Gleichberechtigungsgrundfaches im Verlaufe der Konferenz bestimmt werden sollen. Die deutsche Denkschrift vom 29. August habe nicht nur den Grundsatz der Gleichberechtigung, sondern vor allem gewisse praktische Durchführungen verlangt, z. B. die Gleichheit bezüglich der qualitativen Ausrüstung oder den Grundsatzen, daß das Abkommen für alle Signatarien die gleiche Dauer haben werde. Die Erklärung der 5 Mächte

vom 11. Dezember, so erklärt Havas, enthalte keine definitiven Präzisierung mehr. Die Durchführungsmodalitäten würden also auf der Konferenz erst noch zu erläutern sein.

Der Text des Völkerbundesbeschlusses vom 25. 9. 1928, auf den sich die deutsche Note berufe, rechtfertige kaum die Interpretierung, wonach die Sicherheit nur durch eine heilige Begrenzung der Rüstungen erzielt werden könne. Gewisse deutsche Kommentare erläutern, daß einer der wesentlichsten Vorteile der Genfer Erklärung in der Revision der militärischen Klauseln des Verfaßter Vertrags bestehe. Es sei richtig, daß Teil 5 des Verfaßter Vertrags durch das neue Abkommen erweitert werden solle. Aber Teil 5 werde erst gestrichen werden, wenn nach Unterzeichnung und Ratifizierung durch alle Signatarien des Verfaßter Vertrags das Abkommen in Kraft gesetzt sein werde.

Dazu wird von deutscher Seite festgestellt, daß diese Ausführungen sich als Versuch kennzeichnen, die Genfer Vereinbarung als übereinstimmend mit den alten französischen Thesen in der Abrüstungsfrage hinzustellen. Es ist nicht nötig, hierauf näher einzugehen, da der Wortlaut der Vereinbarung für sich selbst spricht, zumal, wenn man ihn mit der bekannten französischen Note vom 11. September dieses Jahres vergleicht, der an der deutschen Gleichberechtigungsforderung noch vollständig vorbeiging.

Reichsrat und Amnestie

Bayern erhebt Einspruch

W. Berlin, 15. Dezember.

Der vom Reichstag beschlossene Amnestie-Gesetzentwurf wird von den Vereinigten Ausschüssen des Reichsrates Anfang der nächsten Woche weiter beraten werden. Nachdem in den Reichsrat-Ausschüssen bisher eine Einigung noch nicht zustande gekommen ist, wird vermutlich am Dienstag eine neue Sitzung über die Amnestie stattfinden. Der Reichsrat selbst soll dann möglichst bald zusammentreten, damit die Vorlage noch vor Weihnachten erledigt werden kann.

München, 15. Dezember.

Die Bayerische Staatsregierung hat sich entschlossen, gegen das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz Einspruch im Reichstag einzuwerfen.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz bezeichnet das Amnestiegesetz als einen schweren Eingriff in die Souveränität der Länder. Außer prinzipiellen verfassungspolitischen Erwägungen sprächen aber auch eine Reihe kriminalpsychologischer Gründe schwerwiegender Art gegen eine solche Amnestie.

Die Lohnkürzung-Verordnung aufgehoben

Im Reichszeitung wird eine Verordnung der Reichsregierung über die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit veröffentlicht. Die Verordnung trägt das Datum vom 14. Dezember und ist gezeichnet vom Reichslandrat, dem Reichsarbeitsminister, dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsnährungsminister. Es hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfräuleinlasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932 zweiter Teil, Kapitel I (Rgl. 1 Seite 273, 283) und der Verordnung des Reichspräsidenten zur Erleichterung der Wirtschaft vom 4. September 1932, zweiter Teil (Rgl. 1 Seite 425, 428) wird hiermit verordnet:

§ 1.

1. Die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. Dezember 1932 (Rgl. 1 Seite 433), tritt hinsichtlich ihres ersten Teils am 31. Dezember 1932, im übrigen am 31. Januar 1933 außer Kraft.

2. Hat ein Arbeitgeber am Tage der Verkündung der vorliegenden Verordnung von dem ersten Teil der Verordnung vom 5. September 1932 Gebrauch gemacht und nachweislich Aufträge übernommen, deren Erledigung ihm bei Wegfall der Tariflohnuntergrenze erheblichen Schaden verursachen würde, so kann auf seinen Antrag der Schlichter für den Betrieb oder die Betriebsabteilung mit bindender Wirkung anordnen, daß die Berechtigung oder Errichtung zur Tariflohnuntergrenze unter den bisherigen geleychten Voraussetzungen bis zum 31. Januar 1933 bestehen bleibt. Anträge, die nach dem 31. Dezember 1932 bei dem Schlichter eingehen, sind nicht zu berücksichtigen.

§ 2.

Die Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Noch kein Studenten-Werkjahr am 1. April

W. Berlin, 15. Dezember.

Das Reichskabinett hat sich am Mittwoch auch mit dem Vorschlag beschäftigt, ein Werkjahr oder ein halbes Werkjahr für die Abiturienten vorzuschreiben, die zum akademischen Studium zugelassen werden sollen.

Es wurde davon Abstand genommen, diese Neuerung bereits zum 1. April einzuführen, weil die technischen und organisatorischen Vorbereitungen nicht in dieser kurzen Zeit so schnell bewältigt werden können. Dagegen soll zunächst auf einen möglicherweise starken Einsatz der akademischen Jugend für den freiwilligen Arbeitsdienst hingewiekt werden. Der Reichsinnen- und der Reichsarbeitsminister werden zusammen mit dem Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst diese Materie weiterbearbeiten und dem Kabinett dann entsprechende Vorschläge

Kurze Nachrichten

Vorstand Köhne aus der SPD ausgetreten.

Bunzlau, 15. Dezember. (E. M.) Der Vorstand des Kreises Bunzlau, Köhne, hat seinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei erklärt. Der Grund zu seinem Austritt soll in Discrepanzen mit der Partei zu suchen sein.

* Ein schweres Automobil-Unglück ereignete sich in der Nähe von Innsbruck. Ein Auto, in dem ein Berliner Student und eine Berliner Studentin saßen, stürzte über den Straßenrand und blieb über den Abgrund an einem Baum hängen. Die beiden Insassen wurden herausgeschleudert und erlitten schwere Verletzungen. Es wurde festgestellt, daß an mehreren Stellen der Straße Steine und Holzstücke verstreut waren, um Automobilen eine Falle zu stellen.

* Das städtische Festspielhaus in Worms ist am Mittwoch von einem schweren Theaterbrand betroffen worden. Das Bühnenhaus ist vollkommen ausgebrennt, der Dachstuhl eingestürzt. Der Zuschauerraum ist dagegen von dem eigentlichen Brandschaden verschont geblieben. Die Bekämpfung des Brandes dauerte länger als zwei Stunden. Als Brandursache kommt Brandstiftung durch Diebe in Frage.

Der deutsche Außenhandel im November

Berlin, 15. Dezember. Im November hat die Einfuhr (293 Millionen RM) gegenüber dem Vormonat um 5 Millionen Reichsmark abgenommen. Die Rohstoffeinfuhr ist um 8 Millionen RM gestiegen, dagegen wird die Lebensmittelimport um 12 Millionen RM niedriger ausgewiesen. Auch die Ausfuhr (475 Millionen RM) verzeichnet gegenüber dem Vormonat eine leichte Abnahme, und zwar um annähernd 7 Millionen RM. Im übrigen ist der Ausfuhrüberschung sind jedoch die Textilwaren nicht beteiligt, deren Abnahme auf Vormonatsbasis gehalten hat. Vielmehr beruht die Abnahme auf der Minderausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren um 5 Millionen RM und von Lebensmitteln um 1,5 Millionen RM. Die Handelsbilanz schließt im November mit einem

Ausfuhrüberschuss von 82 Millionen Reichsmark ab (Oktober 84 Millionen). Für die 11 rückliegenden Monate dieses Jahres ergibt sich ein Ausfuhrüberschuss von 1012 Millionen RM gegenüber 2824 Millionen RM im Vormonat. Dresdner Börse vom 15. Dezember

Jetzt am Dresdner Aktienmarkt kam es heute zu etwas mehr Geschäft. Die Grundstimmung war durchaus freundlich. Die Kursgewinne verteilen sich auf mehrere Börsen; vereinzelt waren auch geringe Verluste festzustellen. Rennenswert höher lagen Mimosa (100% Prog.), die 4% Prog. angingen. Berliner Kindt gliederte sich weiterhin dem Berliner Kurs an (+7 Prozent), auch Elektra, Gelsen, Erzgebirgische Holzindustrie gewannen je 2 Prog. Weihenborner Papier, Dresden-Schnellpressen und Gebrüder Hörmann wurden 1½ Prog. höher notiert. Gedrückt verkehrten Uhmann — 3 Prog. gegenüber 18. Dezember, Sachsenwerk verlor 1½ Prog. Sonst gingen die Verluste über 1 Prog. nicht hinaus. Dresdner Albumin-Gefüllte mührten 5 Mark pro Stück abgeben. Altenburg-Brauerei, die in letzter Zeit stark angingen, lagen heute 2 Prog. geschwächt. Anteilen weiterhin fest. Dresdner Stadtanleihen bis 1½ Prog. Dresdner Altoblig 2½ Prog. höher. Auch in Pfandbriefen erholt sich die feste Stimmung.

Witterungsaussichten der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Wenig Änderung der Wetterlage. Noch veränderliche Bewölkung, Stellenweise dunstig oder neblig, keine oder nur geringe Niederschläge. Nachts nur geringer Frost. Temperaturen tagsüber einige Wärmegrade. Südliche bis auf West drehende, zeitweise auftretende Winde.

Der wirtschaftliche Optimismus

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold vor der Industrie

Berlin, 15. Dezember.

Die gestrige Hauptauskunft-Sitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wurde durch eine grammatische Ansprache des Vorsitzenden Dr. Krupp von Bohlen und Halbach eröffnet. Der Redner gab einen Rückblick auf das vergangene Jahr, das auf internationalem Gebiet vor allen Dingen den endgültigen Schlussstrich unter die ungeliebte Reparationsfrage gesetzt habe. Da aber die internationalen Verhandlungen noch nicht geklärt sind und der Wirtschaftskrieg weitergegangen sei, so könne man doch durchaus nicht von einer Besserung der Kredit- und Handelsbeziehungen sprechen. Trotzdem liegen günstige Anzeichen auf dem Geld- und Rohstoffmarkt die Hoffnung zu, daß der Tiefpunkt der Krise überwunden sei. Dr. Krupp von Bohlen und Halbach schloß seine Ausführungen mit dem Bekenntnis, daß er die Grundbedingungen für eine Besserung der wirtschaftlichen Lage heute durchaus in günstigem Lichte sehe als vor einem Jahre, und rief den Politikern in Deutschland und in der Welt zu: „Möcht Schluß mit den politischen Systemen, durch die Ihr die Wirtschaft in Fesseln gebracht habt! Verlangt von der Wirtschaft ein Höchstmaß an Leistungen, aber gesteht Ihr durch Belebung der partei- und machtpolitischen Hemmungen eine ehrliche Chance!“

Sodann ergriff Reichswirtschaftsminister Professor Dr. Warmbold das Wort und führte u. a. folgendes aus:

Heute scheint die Stimmungsmäßige Beurteilung der Lage vielfach ungünstiger zu sein, als es die Wirtschaftsspitzen zulassen. Das hat, soweit ich sehe, zwei Ursachen: Einmal die allgemeinen politischen Momente. Ich möchte, daß der Tagesspolitik fernste, heraus nicht näher eingehen. Das ist viel sei gesagt, daß wir nach der bislang bewerteten Beurteilung durch die politischen Vorgänge der letzten Zeit hoffen dürfen, nunmehr vorerst eine wesentliche Verbesserung zu erleben. Die zweite Ursache liegt darin, daß die Anzeichen für eine wirtschaftliche Belebung in der Welt, die wir seit Mitte des Sommers zu verzeichnen haben, zu weitgehenden Hoffnungen hinsichtlich des Tempos der Überwindung der Krise ausgedehnt haben. Ebenso wie zu weit gespannte Erwartungen hat man, wie mir scheint, an das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung vom 4. September geknüpft. Auf diese Stimmung ist dann eine Reaktion gefolgt, die mir nun wiederum ebenfalls zu weitgehend erscheint.

Dazu lassen Sie mich einige erklärende Worte sagen. Ich glaube, daß die Zahlen über die zu erwartende Minderung der Arbeitslosigkeit, welche bei der Verkündung des Wirtschaftsprogramms der letzten Reichsregierung Ende August genannt worden sind, zu einem Mißverständnis Veranlassung gegeben haben. Es war für jeden wirtschaftlich Denkenden klar, daß der Gesamterfolg der Belebung der Arbeitslosigkeit in der damals genannten Größenordnung von 15 Millionen unmöglich in etwa zwei bis drei Monaten erreicht werden könnte. Es konnte um so weniger mit einem so schnellen Erfolg gerechnet werden, als die Maßnahmen erst im Herbst begonnen haben und damit von vornherein auf eine gegenläufige Saisonbewegung trafen. Weiterhin ist zu bedenken, daß wichtige Teile, wie z. B. die Steuerergänzung und die Beschäftigungsprämien überhaupt erst nach bis fünf Monaten ins Leben treten sollten.

Das Wirtschaftsprogramm vom 4. September hat drei Hauptpunkte: nämlich erstens die Zusicherung von Steuerergänzungen an die Wirtschaft für Steuerentlastung, zweitens die ebenfalls in Form von Steuerergänzungen zu gewährenden Beschäftigungsprämien, und drittens eine Arbeitsbeschaffung in Höhe von etwas über als 3 Milliarden Reichsmark.

Um diesen drei Maßnahmen wird die neue Reichsregierung festhalten. Bei allen aber steht die Realisierung zum größten Teil noch bevor.

Es ist bekannt, daß die Steuerergänzungen für die genannten Zwecke erst ein verschwindend kleiner Teil ausreichen werden können. Es hängt das mit den festgesetzten Terminen zusammen, zu welchen die betreffenden Steuern fällig werden. Für die Beschäftigungsprämie ist als erster maßgeblicher Bemessungszeitraum das Quartal von 1. Oktober bis 31. Dezember 1932 vorgesehen. Ist an dem noch bevorstehenden Ende dieses Quartals wird sich üblicherweise in welchem Umfang die Steuerergänzungen für Beschäftigungsprämien zum Zug kommen, weil erst dann festgestellt werden kann ob und in welchem Umfang eine neu eingesetzte Arbeitsschaffung wirklich durchgeholt werden kann. Im übrigen können aus dem Umfang der im ersten Quartal ausgegebenen Beschäftigungsprämien keine Schlüsse gezogen werden, auf den Umfang der im ersten Quartal ausgegebenen Beschäftigungsprämien keine Schlüsse gezogen werden auf den Umfang in späteren Quartalen. Es ist vielmehr mit einem Zuwachs dieses Volumens bei weiterer Belebung der Wirtschaft und günstigerer Saisonbewegung zu rechnen. Die Arbeitsbeschaffung bedarf naturgemäß eines gewissen Anfangszeitraums. Es wird insbesondere durch die rechtzeitigen Vorbereitungen bedingt. So sei daher auch nicht verwunderlich, daß heute, drei Monate nach Verkündung des Wirtschaftsprogramms, die Arbeitsbeschaffung erst auf Teilstücken wirksam geworden ist. Bei einem Gesamtübersicht wird man daher eine pessimistische Beurteilung des Wirtschaftsprogramms als voreilig bezeichnen müssen. Es erscheint mir an der Zeit, in die Erinnerung zurückzutreten, daß man vielleicht, und zwar mit einem gewissen Recht, das Wirtschaftsprogramm als einen Einstiegsholz bezeichnet hat. Man soll sich jedoch bewußt bleiben, daß von diesem Jahr heratisch erst 2% Monate, also noch nicht einmal ein Quartal, verstrichen ist.

Wie steht es nun mit die reale wirtschaftliche Lage, die ich als objektiven Tatbestand bezeichnet habe, heute? Was die Weltbewegung anlangt, so ist bekanntlich am Anfang des Preisanstiegs der Rohstoffe ein gewisser Rückgang erfolgt. Bei seinem der wichtigen Rohstoffe aber, mit Ausnahme der Kohle, sind die Preise auf den Tiefpunkt des letzten Sommers zurückgegangen. Es bestehen im Gegenstand zwischen dem damaligen Tiefpunkt und dem heutigen Preisstand noch erhebliche Spannen. Bei repräsentativen Warengruppen wie Stäbchen, Kupfer, Baumwolle, Kautschuk, Äder und Gußeisen monatsdurchschnittlich vom Tiefpunkt der Monate Juni oder Juli bis zum November gerechnet, die Weltmarktpreise insgesamt um ein Viertel bis zu einem Drittel gestiegen. Die Kennziffern der Aktienkurse sind bei Grundrechnung des Durchschnitts von 1924–1929 = 100 in Deutschland von Juni 1932 bis zum November 1932 von 49,7 auf 58,2 gestiegen, in den Vereinigten Staaten von Amerika von 38,9 bis zum Oktober auf 57. Bei den Indexziffern der Kurse der festverzinslichen Papiere haben wir überall bei Betrachtung der Durchschnittsmonatsziffern eine Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. In Deutschland, wo die Kennziffer monatsdurchschnittlich von 84,9 auf 102,4 (1924/28 = 100) gestiegen ist, ist dieser Anstieg erfreulicherweise sogar überhaupt nicht durch einen Rückgang unterbrochen worden. Auf Kapitalmärkten und die großen Konzerne in England und Frankreich durchgeführt. Es handelt sich dabei um Verträge von gewaltigen Dimensionen, deren Bedeutung nicht leicht überschätzt werden kann. Auch die Konkurrenz ist hier national und international gleich ein durchaus eindrückliches Bild. In Deutschland sind die Konkurrenzverhältnisse vom Mai bis November 1932 in jedem Monat monatlich von 759 auf 449 zurückgegangen, in den Vereinigten Staaten von Amerika von 2788 auf 2278 im Oktober. Schließlich können wir mit Genugtuung feststellen, daß auch die Kennziffern für die industrielle Produktion

nunmehr, gegenüber der Rohstoffpreisbewegung etwas versetzt, sich in aufsteigender Linie bewegen. Für die Welt liegen nur die Durchschnittszahlen bis zum September vor; sie sind von 66,6 im Juli auf 70,7 angestiegen. In Deutschland ist die Kennziffer von 51,9 im August auf 61,0 im Oktober, in den Vereinigten Staaten von 52,3 im Juli auf 58,5 im September gestiegen.

Auch die nächstste Betrachtung dieser Ziffern kann nicht leugnen, daß hier eine Bewegung eingetreten ist. Es gilt für uns, diese Bewegung zu verstehen. Das wird – unter anderem – insbesondere durch zwei Umstände geschehen: Einmal dadurch, daß sich das bisherige Arbeitsbeschaffungsprogramm erst in der Zukunft in eine Auseinandersetzung der wirtschaftlichen Tätigkeit umsetzen wird, und zweitens dadurch, daß dieses Programm durch weitere zufällige Arbeitsbeschaffung ergänzt werden soll. Dabei werden einige wichtige Gesichtspunkte beachtet werden müssen. Obenan muß der Grundsatzen stehen, daß nur solche Arbeiten gefordert werden dürfen, die wirtschaftlich nützlich sind und aus dem Autarkievertrag verlinkt und getilgt werden können. Ferner sollten die Arbeiten vorzugsweise und in der Regel an Unternehmer vergeben werden. Diese Form der Arbeitsbeschaffung hat gegenüber der Form der Regierungsarbeiten den Vorteil, daß sie die private Initiative unmittelbar antreibt und damit die allgemeinwirtschaftliche Belebung wirksam und schnell fördert. Weiterhin wird man in der Regel nur kurzfristige Arbeiten übernehmen, damit sie, sobald die private Wirtschaft in das erzielte größere Volumen hineingewachsen ist, alsbald gedrosselt und abgeschrägt werden können. Diese Arbeitsbeschaffung darf nur Notstandsmaßnahme sein und nicht zum Selbstzweck werden. Schließlich darf die Finanzierung nur in einer Form erfolgen, welche in keiner Weise die Währung gefährden darf.

Selbstverständlich ergeben die genannten Ziffern kein vollständiges Bild unserer gegenwärtigen Wirtschaftslage. Wir dürfen über ihnen nicht die gewöltigen Aufgaben überschauen, welche uns national und international noch bevorstehen.

Über mir dürfen uns dieser einnahmreichen Zahlenbewegungen um so eher freuen, als sie zum ersten Male eine ungefährliche Richtung aufweisen. Man soll sich doch daran erinnern, daß wir drei Jahre hindurch überall und ausschließlich Inflationsbewegung und Schrumpfung erlebt haben.

Wir können unmöglich einen klagartigen sofortigen Übergang in Ausweitung und Aufwärtsbewegung erwarten.

Die bevorstehenden Aufgaben sind freilich noch außerordentlich schwer. Weltwirtschaftlich muß gelöst werden das vollständige Problem der internationalen Vertauschung. Weiterhin müssen die unerträglich gemordeten Handelschémata gestoppt werden. Schließlich darf es – eins der dringendsten und schwierigsten Probleme – einer endgültigen Stabilisierung der Währungen.

Ansprache des Reichsfinanzministers

Berlin, 15. Dezember.

In seiner Rede vor dem Hauptauskunft des Reichsverbandes der Deutschen Industrie knüpft Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk an die Schlussworte des Vorsitzenden an, der eine Chance für das Unternehmertum verlangt habe. Diese Chance, so führte der Minister u. a. aus, sei der eigentliche Sinn und Zweck des Wirtschaftsprogramms des Kabinett Papen gewesen, und an dieser Grundtendenz halte auch die gegenwärtige Regierung fest. Am Hand ausführlicher Zahlenmaterials wies der Minister nach, daß von 1929 bis 1932 eine Verschlechterung der Elats von Reich, Ländern und Gemeinden um etwa 10 Milliarden RM festgestellt sei und betonte, daß am Ende einer solchen Entwicklung das Chaos oder die Inflation gesanden hätte, wenn man nicht mit allen Mitteln verucht hätte, das Schiff der öffentlichen Finanzen zwischen Scylla und Carybdis hindurchzuspielen.

Die Frage, ob es nicht leichtfertig sei, durch Schaffung der Steuerergänzung eine fünfjährige Zukunft vorzubestimmen, müsse dahin beantwortet werden, daß die Vorbelastung gegenüber einem Rückgang in den öffentlichen Finanzen von 10 Milliarden RM von 1929 bis 1932 300 bis 500 Millionen Reichsmark pro Jahr ausmache. Man könne erwarten, daß eine Besserung der Konjunktur sich unbedingt in diesem nötigen geringen Umfang auswirken werde.

Unter das Kapitel Subventionen müsse ein Schlußstrich gezogen werden. Einige Missbräuche, die sich bei der Durchführung des Wirtschaftsprogramms ergeben könnten, insbesondere die unrechtmäßige Inanspruchnahme von Steuerergänzungen für Mehrbeschäftigung, müsse die Wirtschaft von sich aus bekämpfen, um das Ziel zu erreichen: ehrbare Wirtschaft in einem sauberen Staat, freie Wirtschaft in einem starken Staat.

Bolz über die Reichsreform

Der württembergische Staatspräsident sprach in der Hochschule für Politik

Durch den überreichten Bericht, rein nach Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit die Frage der Reichsreform zu lösen, ist in den vergangenen Monaten der Bestand des Reiches aufgeweckt und erhärtet worden. Obwohl das neue Kabinett versichert hat, die Fragen der Verfassung und Reichsreform anderen dringlichen Fragen hinterzustellen, so hat doch dieser Fragenkomplex keineswegs an Aktualität eingebüßt. Das beweist klar und deutlich der Vortrag, den der württembergische Staatspräsident Dr. Bolz am Dienstagabend in der Hochschule für Politik hielt. Dr. Bolz war befähigt, an der Länderkonferenz 1928 führend beteiligt. Der Vortrag war keineswegs eine einfache Darlegung württembergischer Wünsche in der Frage der Reichsreform, sondern ein staatspolitisches Exposé von weittragender Allgemeingültigkeit.

Der Redner legte zunächst die Besuignisse der Länder und deren Abgrenzung dar, die sie nach der Weimarer Verfassung haben. Die Weimarer Verfassung hat die Machtbefugnisse des Reiches stark erweitert. Eine besonders wichtige Neuerung ist die Verfassung von 1871 nicht auch die Zuständigkeiten des Reiches auf dem Verwaltungsbereich. Im Gegenzug dazu ist die Landesverwaltung sehr beschrankt. Eine große Rolle spielt die Krone, ob sich das Neue der Weimarer Verfassung bewährt hat. Die Angriffe gehen auf den verschiedenen Seiten aus. Die einen kommen mit politischen Wünschen. Das ist der Kampf zwischen der Idee des Federalismus und dem Befreiungswillen zum Einheitsstaat. Die anderen gehen vom geschäftlichen finanziellen Standpunkt an die Frage heran. Aber es ist ein Unding, die Reichsreform rationalitätsfaktoriell zu schätzen. Der Staat ist kein Geschäftsbetrieb. Auch durch Einsparung von Abgeordneten und Ministern kann man nicht plötzlich das Wirtschaftsleben aufheben. Der dritte Gedanke ist, ob die Weimarer Verfassung überhaupt tauglich ist.

Dr. Bolz erörterte nun die Vorschläge, die die Länder an der Weimarer Verfassung in Fragen ihrer Selbstständigkeit immer wieder führen und immer wieder führen müssen. Die Länder fragten, daß das Reich ihnen Städte für Stück Gebiete eigener Gesetzgebung entziehe. Man nehme ihnen die finanzielle Selbstständigkeit. Diese Frage ist für die Reichsreform von grösster Bedeutung. Die Unabhängigkeit der Länder vom Reich in finanzieller Beziehung ist ein Kardinalfehler.

Demgegenüber stellte das Reich die Notwendigkeit einer starken Reichsgewalt in den Vordergrund. Dem kann man eine Berechtigung nicht abwenden. Auch von den Ländern wurde dies anerkannt, daß wie eine starke Reichsgewalt brauchen.

Der Vortragende ging dann auf verschiedene Fragen ein, die dem deutschen Volke sehr besonders am Herzen liegen. Er behandelte zuerst die Stellung des Reichspräsidenten. Die Abgrenzung seiner Besuignisse ist heut umstritten. Im Verlauf der letzten Jahre sind seine Machtbefugnisse stark erweitert worden. Besonders in sozialer Beziehung (Sozial-Maßnahmen), dann aber auch in politischer Beziehung (Entscheidungen gegen Preußen). Ein Mehr an Macht wäre von Nutzen. Man kann zur Seite des gegenwärtigen Reichspräsidenten alles Vertrauen haben. Aber man kann doch nicht die Verfassung auf den einen her vorragenden Mann zuschließen. Die Zukunft kann uns einen Mann mit weniger Autorität bringen.

Auch die Stellung der Reichsregierung ist stark umstritten. Da denkt man zum Beispiel an die teilige Belebung des Artikels 51 der Reichsverfassung oder an die Einführung qualifizierter Mehrheiten. Aber ist denn wirklich der Artikel 51 von so großer Bedeutung? Man hat in der letzten Zeit etwas gelernt aus der Tätigkeit geschäftsführender Regierungen. Es gibt Länder, in denen die geschäftsführenden Regierungen langlebig sind als in anderen. Die Gefahr für die Reichsregierung beginnt erst, wenn das Parlament ein destruktiv wird, sich nur einz in der Meinung befindet, sich niemals zur Lösung politischer Aufgaben zusammenfinden kann.

Wie steht es mit dem Reichsrat? Die Bestrebungen gehen dahin, die Besuignisse des Reichstages einzuhängen. Eine zweite Kammer wird verlangt. Dr. Bolz betonte, daß er diese

Ausschaffung seit Jahren vertrete. Der Reichsrat soll in der Gesetzgebung gleichberechtigt mit dem Reichstag sein. Die Länder wollen aber nicht, daß der Reichsrat in seiner Zusammensetzung umgestaltet werde. Es muss den ganzen Plan neben Reichsrat und Reichstag noch ein drittes Organ zu schaffen, das sich aus den Berufsverbänden zusammensetze, als ungeeignet gärt. Der vorläufige Reichsstaat war eine überflüssige Angelegenheit.

Der Reichstag leidet an dem Übeln an Gesetzesgewalt. Jede Reichsregierung muß stets in der Zukunft leben, daß jeder Reichstag ihre Verordnungen aufhebt, ohne eine positive Lösgung dafür zu schaffen. Es ist ein Wunsches, daß jedeweile parlamentarische Mehrheit jedes Gesetzes restlos beseitigen kann. In diesem Zusammenhang betonte Dr. Bolz – und das ist besonders bedeutsam –, daß wiederholte Auflösungen des Reichstages weniger gefährlich seien, als offener Verfassungsbruch, verbunden mit dem Ausschlußzustand. Denn das würde eine weitere Radikalisierung bedeuten. Ein Mittel zur Entradikalisierung ist auch die Herauslösung des Wahlalters.

Dr. Bolz machte dann noch interessante Ausführungen über das dualistische Verhältnis von Reich – Preußen. Der Vorschlag der Länderkonferenz sei dahin gegangen, Reich und Preußen in eine Regierung, in einem Parlament und in eine Verwaltung zu vereinigen. Die Süddeutschen forderten darüber allerdings, daß die preußischen Provinzen als Länder neuer Art eine stärkere Selbstständigkeit bekommen sollen. Niemand hat damals daran gedacht, Preußen zu zerdrücken. Die Verwaltungsorganisation ist vielfach fehlerhaft. So zum Beispiel im Fürsorgebereich. Alle Fürsorgemaßnahmen gehören der Gemeinde, wobei das Reich die Wohngemeinden unterstützen muß. Auch in der Frage des Wohnungsbauwesens wäre man viel besser gehalten, wenn das Reich sich nicht so darum gekümmert hätte.

Zum Schlusse hat Dr. Bolz mit Nachdruck hervor, daß bei der Zusammenstellung des Parlaments eine Verfassungsumänderung nicht möglich sei. Es sei viel zweckmäßiger, wenn unser politisches Leben gegenwärtig mit Verfassungsfragen nicht belastet werde. Energisch warnte Dr. Bolz, die Verfassungsumform durch Diktatur herbeizuführen. Wer mit diktatorischen Maßnahmen die Verfassung ändern will, der muß sich bewußt sein, daß er mit Diktatur einen Ausnahmezustand verhängt, und der muss auch wissen, wie er aus diesem Ausnahmezustand wieder herauskommt. Wer mit dem Gedanken der Diktatur spielt, spielt mit der Revolution. Man muß das leicht verhindern, auf dem Wege der Verfassung durchzuhalten. Das beste Mittel ist immer noch die wiederholte Auflösung des Reichstages. Wenn eine Regierung psychologisch richtig versöhnt wird, wird sich das Volk bei den Wahlen auf die Dauer nicht verlegen.

Therese Neumann kommt dem Wunsch der Bischoße nicht nach.

Nach einer Meldung der "Münchener Zeitung" soll Kaplan Fahsel in einem Vortrag in Lichtenfels erklärt haben, Therese Neumann werde der bischöflichen Forderung, sich in einer Klinik untersuchen zu lassen, nicht Folge leisten. Diese Weigerung dürfe jedoch nicht als Ungehorsam angesehen werden. Die bischöfliche Forderung sei nur der Ausdruck eines Wunsches, nicht eines Beschlusses gewesen. Ein Befehl zur Untersuchung könne durch die kirchlichen Behörden nur dann erzielt werden, wenn Therese Neumann eine neue Heilerei aufstelle oder wenn sie als Schwärmerin oder Janotikerin auftrate.

Sollte diese Meldung zutreffen, dann dürfte Therese Neumann sich dem Wunsche ihres Vaters gefügt haben, der von Anfang an gegen eine Untersuchung eingestellt war. Zum Interesse der religiösen Wahrheit muß man es bedauern, daß Therese Neumann den einzigen Weg, der zur Befestigung der Zweifel an den Vorgängen in Konnersreuth möglich ist, nicht beschritten.

Schon wieder ein Raubüberfall

Aichberg. Am Mittwochabend in der dritten Stunde wurde auf die Butterhändlerin Elsa Bachmann aus Bürkersdorf ein Raubüberfall verübt. Auf der einsamen Straße zwischen Bürkersdorf und Wiesenburg sprangen ihr plötzlich zwei junge Burschen entgegen, die mit vorgehaltener Schußwaffe Geld verlangten. Darauf schlugen sie die Überraschte zu Boden und entwendeten ihr etwa 30 Mark. Die Räuber konnten unerkannt entkommen.

Die Zahlungseinstellung des Wareneinkaufvereins Bautzen

Bautzen. Zur Zahlungseinstellung des Wareneinkaufvereins Bautzen, der im ganzen Bezirk einschließlich dem preußischen Bezirksteil 38 Filialen unterhält, ersahen wir, daß der Verein dem Gericht eine Vergleichsquote von 35 Prozent anbietet; man rechnet noch mit einer stärkeren Erhöhung dieses Sabetes. Die Benossenschaft ist insbesondere durch den Ansturm der Spareinleger lahmgelegt, die über 800 000 Reichsmark zurückforderten, die auch ausgezahlt werden könnten. Die Kasse versuchte, sich durch Sperrfristen zu helfen; dagegen wurden aber 28 Klagen eingereicht.

Zittau. Nachts erstickt. Den Erfrierungstod fand nachts der 48 Jahre alte landwirtschaftliche Arbeiter Emil Tiege vom Rittergut des Besitzers von Sandersleben in Schlegel-Bürkersdorf. Tiege war frühzeitig nach Weißdorf bei Eisau gefahren. Um 7 Uhr abends kehrte die Pferde mit dem Wagen ohne Kutscher zurück. Obwohl man sich sofort auf die Suche nach dem Vermissten begab, blieben zunächst alle Nachforschungen vergeblich. Erst früh gegen 7 Uhr fand man ihn 700 Meter vom Gutshof entfernt in einem Eichenwäldchen erstickt auf. Tiege dürfte sich von einem plötzlichen Unwohlsein befallen, vom Gelände entfernt und in bewußtlosem Zustand ohne Hilfe den Erfrierungstod gefunden haben; er hinterließ seine Frau mit zwei minderjährigen Kindern.

Zittau. Verschärft Grenzdienst. Die gesteigerte Schnürgertätigkeit an der Grenze veranlaßte die tschechischen Behörden, die Grenzposten zu verstärken, und zwar in erster Linie in der Nähe der Straße nach Reichenberg. In einer der letzten Nächte verlief ein Kraftwagen aus Gablonz, in scharfer Fahrt über die Grenze zu kommen. Tschechische Grenzbeamte brachten den Wagen durch mehrere Schüsse zum Halten, verhafteten den Führer und beschlagnahmten kosmetische Artikel und Spielwaren.

50 Jahre

Ernst Venus, Dresden
Annenstraße 28

Zum Jubiläumsverkauf

extra günstige Angebote in
Bettwäsche — Tischwäsche
Handtücher — Wischtücher

Alleinverkauf

der Universal-Spielkarte
„Mug“ D. R. G. M.
für jede Stadt zu vergeben.

Angebote an Spiel-Verlag-Schirgiswalde.



Kern
Uhrmachermeister.
Kontaktstrasse 12
Friesen-Gasse 12
Das neue
reelle Uhren und
Gold u. Geschäft mit
Reparatur-Werkstatt
empfiehlt als
Weihnachtsgeschenke
u. Spezialitäten.
Uhren u. Goldwaren
aller Art.
Haus-, Standuhren, Wecker,
Küchen- u. Wanduhren.
Geschenkartikel
Bestecke u. Service für Hochzeit
u. Silberhochzeit.
Verlobungsringe
Sternruh - 27043

Visitenkarten

liefern geschmackvoll u. schnell
GERMANIA, Polierstr. 17
Bautzen liegt 10 Minuten entfernt

Handel und Börse

Der Autoabsatz im November

Im November 1932 betrug der Gesamtautomobilabsatz in Deutschland 3505 Stück, davon 2881 Personenvwagen. Im Oktober wurden 3900, im September 4225, im August 4336, im Juli 5322 Wagen neu zugelassen. Der Gesamtabssatz von Personenwagen sowie Liefer- und Lastwagen betrug in den elf Monaten Januar bis November 1932 in Deutschland 45 835 Wagen, davon 39 154 Personenwagen und 681 Last- und Lieferwagen. Der Gesamtabssatz 1931 betrug 68 758 gegen 96 300 in 1930 und 138 282 in 1929. Der Jahresabsatz 1932 wird mit etwa 48 000 Wagen, also mit rund 20 000 Stück oder 35 Prozent weniger als 1931 veranschlagt. Im laufenden Jahre 1932 hat sich der Neuabsatz außerordentlich stark auch im Tausch größer gegen kleine Wagen vollzogen. Wie wir hören, ist der Anteil am Gesamtabssatz von den wichtigsten Automobilfirmen für Opel mit 31 Prozent, für Daimler mit etwa 14 Prozent, Adler mit 10 Prozent, DKW, etwa 8 Prozent anzunehmen.

Belebung bei der Reichspost

Der Verwaltungsrat der Reichspost beschäftigte sich in seiner Dienstagsitzung im wesentlichen mit laufenden Angelegenheiten. Beziiglich der vom Rechnungshof des Deutschen Reichs geprüften Jahresrechnung für 1930 wurde der Verwaltung Entlastung erteilt, außerdem der Vorschlag für 1932 den im Sommer zurückgegangenen Einnahmen angepaßt. Erfreulicherweise ließ dieser Einnahmerückgang mit Herbstbeginn nach.

Der Reichspostminister konnte feststellen, daß vom September ab in den meisten Dienstzweigen eine über die Saisongrenze hinausreichende konjunkturale Verkehrsbelebung bemerkbar

sei. Der Verwaltungsrat wurde dann über den Stand des Arbeitsbeschaffungsprogramms unterrichtet. Da die Anleihefrage noch nicht gelöst ist, hat die Reichspost bekanntlich aus dem Gesamtprogramm von 60 Mill. RM. einstweilen Zusatzaufträge in Höhe von 34 Millionen RM. herausgegeben. Von diesen entfallen 17 Millionen auf den Vermehrbaau, 10 Millionen auf die Kabelindustrie, etwa 5 Millionen auf Hochbauten und Geräte aller Art, und etwa 2 Millionen auf die Fahrzeugfabriken.

Klohn, Schanzlin und Becker A.-G., Frankenthal (Pfalz). Die Gesellschaft erzielte per 30. Juni 1932 nach Abzug aller Unkosten einen Fabrikationsüberschuß von 90 277 (208 000) Reichsmark. Abschreibungen erforderten 111 389 (136 000) Reichsmark, so daß sich ein Verlust von 21 112 RM. ergibt, um den sich der Gewinn vortrag von 127 223 RM. verringert.



Dresdner Theater

Opernhaus
Donnerstag
Aureliktreppe 9
Aidolio (8)
1932, Gr. 1 2201—2400
2501—2900

Kreuztag
Aureliktreppe 9
Was ihr wollt (7.30)

Schauspielhaus
Donnerstag
R. d. Dresden, Theater-
gem. d. Büchholzstöds.
Rein öffl. Karlsplatz.
Aufführung!
Frisch gestrichen! (8)
VDA-Karten laut Ein-
ladungen.

Kreuztag
Aureliktreppe 9
Die Ratten (8)
1932, Gr. 1 1601—1700
9501—9700
Gr. 2 451—500

Die Komödie
Donnerstag
Mein alter Herr (8.15)
VDA, Gr. 1 3501—3600

Kreuztag
Mein alter Herr (8.15)
1932, Gr. 1 3601—3700

Albert-Theater
Donnerstag
Wie die Alten lungen (8)
VDA, Gr. 1 3101—3200
8901—9000
Gr. 2 701—750

Kreuztag
Die Großstadtlust (8)
VDA, Gr. 1 3301—3400
3701—3800

Central-Theater
Donnerstag
Schwarzwaldbäbel (8)

Kreuztag
Schwarzwaldbäbel (8)

Residenz-Theater
Donnerstag
Der Idiot Bauer (8)

Kreuztag
Der Idiot Bauer (8)

Planetarium und
Röntgenbühne,
Stubbelallee 2a
Tägl. geöfft. v. 9—9 Uhr

J. Pohlig A.-G., Köln. Die Gesellschaft weist per 30. Juni 1932 einen Betriebserfolg von 24 265 (576 834) Reichsmark aus. Abschreibungen erforderten 182 115 (370 816) RM, so daß sich einschließlich Gewinnvortrag von 88 721 RM. ein vorzutragender Verlust von 60 129 RM. ergibt, während i. V. aus 264 993 RM. Reingewinn noch 5 Prozent Dividende verteilt wurden.

Burmeister & Wain in Schwierigkeiten. Die A. S. Burmeister & Wain, Kopenhagen, Skandinavias größte Schiffswerft, befindet sich in Zahlungsschwierigkeiten und hat mit den Großbanken und der dänischen Regierung Verhandlungen zwecks Hergabe neuen Kapitals aufgenommen.

Gute Aussichten für internationale Bandolen-Syndikatur. Am Dienstag fand in Brüssel erneut eine Konferenz der Bandolenerzeuger Deutschlands, Frankreichs und Belgien-Luxemburgs statt, auf der wiederum die

Berliner Produkten-Börse

Amtliche Preisnotierungen Berlin, 14. 12. 1932

Für Getreide u. Olssaten o. 1000 kg	vom 1. 10. bis 1. 12. 1932	zu Berlin	
Weizen märk.	180,0 — 19,0	Futterweizen	14,00 — 14,50
Roggen märk.	152,0 — 164,0	Flachsöl	13,00 — 15,00
Bardeker	167 — 177	Arbeitshefe	13,80 — 15,50
Futtergetreide	159 — 168	Wiesen	14,00 — 18,00
Winte. verein	117,0 — 122,0	Linsen haus	9,00 — 11,00
Hirse märk.	—	Linsen gelbe	12,00 — 13,00
Hafer märk.	—	Rapsöl	18,00 — 25,00
Waisenmehl fr. Berlin	23,80 — 26,80	Leinöl	10,00 — 17,00
Roggenmehl fr. Berlin	19,10 — 21,70	—	10,60
Weizensem. fr. Berlin	9,10 — 9,40	Erdnusskeksmehl	10,00
Rosinenkörner fr. Berlin	8,70 — 9,00	Trükkernohlmehl	8,80
Erbsen. Viki	21,00 — 26,00	Sojabohnenschrot	10,70
Erbsen. kleine	20,00 — 22,00	Kartoffelstärke	10,70
Wiesen. Dez. 1928—2020,0 — März 206,1 — 208,8 — Mai 220,0 — 209,0			
Roggen. Dez. 164,8 — 164,80 — März 167,0 — 168,0 — Mai 170,6 — 171,25			
Hafer. Dez. 128,8 — März — Mai — 131,0			

Metall-Börse

Notierungen der Vereinigungen für die deutsche Elektrolytkupferformelz (100 kg in Goldmark)

14. 12. 13. 12.

Eisktr. Kupfer Zwischenrahm premp. off. Hamburg, Bremen, Rotterdam | 46,25 | 46,50

Notierungen der Berliner Metall-Börse

Originalbilligkämmlein 0,90 Proz. m.	14. 12.	13. 12.
Imal gekerbte Blätter	160,00	160,00
do. in Walz. und Drahtarren	164,00	164,00
Reinaleo 0,90 Proz.	380,00	380,00
Antimon-Regulat.	37,00 — 39,00	37,00 — 39,00
Felsalber	38,00 — 38,80	38,00 — 39,00

Leipziger Börse vom 14. Dezember. Das Weihacht war heute sehr ruhig. Kärtner und Riquet büßten je 1,5 Prozent ein. Thüringer Wolle zogen um 17,70 Prozent an. Chromo Major wurden nachbörslich mit 42,5 bewertenswert letzter vergebens geführt. Antiken wenig verändert. Blaudrähte fanden etwas anziehen.

Chemnitzer Produktionsbörse vom 14. Dezember. Weizen 190 bis 194, Roggen 152—156; Sanddrogen 158—160; Sommergerste 182—200; Wintergerste 170—174; Hafer 130—136; Weizenmehl 25,50; Roggenmehl 25,75; Weizenkleie 9,50—10; Roggenkleie 9—9,50; Weizenhenk, Iole, neues 6; Getreidestroh, braungep. L

Wer zu Weihnachten Nützliches schenkt,
hilft praktisch unterstützen!

Weihnachtskörbe vom Görlicher

gefüllt mit nützlichen Lebensmitteln und gern geschenken Genussmitteln, in hübscher Ausmachung und zweckmäßig zusammengestellt, bereiten immer Freude.

Lebensmittel- und Delikateszkörbe

zu 450 750 1000

und höher

Bei der Zusammenstellung der Körbe kann jeder Wunsch hin-
sichtlich Wahl der Gegenstände und der Preise berücksichtigt werden.

Auch auf Weihnachtskörbe 6% in har am Jahresende

GÖRLITZER

EDEKA

Für die Feiertage empfehlen wir:
Feinsten Nürnberger Lebkuchen in großer Auswahl
Fischmarinaden / Oelsardinen

und 6% Rabatt!

Die Notwendigkeit der kath. Presse

Von Erzbischof Dr. Conrad Gröber

Die Freiburger Tagepost stellt an die Spitze ihrer Jubiläumssummer zum 25-jährigen Bestehen der Zeitung bedeutsame Worte von Erzbischof Dr. Conrad Gröber über die Notwendigkeit und den Aufstieg der katholischen Presse. Wir geben daraus den Schluß wieder:

Es gab einmal eine Zeit, in der man nicht mit Unrecht auf mancherlei Mängel der katholischen Presse hinweisen konnte, und auch jetzt noch hat sie die Abonnementzahl der großen Weltblätter in keinem einzigen ihrer Organe erreicht. Der Grund dafür ist sowohl in ihrem Wesen als in den äußeren Umständen zu suchen. Tatsächlich sind ihr durch die Grundsätze, die sie vertreibt, unüberschreitbare Grenzen gezogen. Sie kann nicht biegsm und veränderlich sein wie die andern, die den Binsen gleich beim leichtesten Lustzug sich verneinen, oder ihre Uniform wechseln wie ein Uebeläufer im Krieg. Sie wird schon durch ihr Dasein Widerspruch erwecken und Beschuldigung erleiden, weil sie christlich bejaht, während die andern verneinen, oder umgekehrt. Sie vertreibt außerdem nur eine Minderheit im Volke, die sich dazu noch aus Volkschichten bildet, die wirtschaftlich belasteter sind und oft, durch den Kampf ums Dasein verhindert, nur wenig Zeit für das Zeitungslesen erübrigen. Sie darf endlich nicht mit der Aufrichtung des Triebhaften durch Wort und Bild den Verstand überstimmen und den Willen verschließen. Eine Presse, die katholisch sein und verbleiben will, muß die Einengung und Kontrolle durch die katholische Glaubens- und Sittenlehre ertragen.

Um so unerhattenwerter ist darum der tatsächliche Fortschritt der katholischen Presse in den letzten Jahrzehnten. Wer aber diesen Aufschwung verfolgt, der findet, daß ihn ein

ganz gerütteltes Maß von politischem, literarischem und organisatorischem Geist und jüngster Opferwilligkeit bedingt, die sich angefangen mit den Schriftleitern und Verlegern, auf die weitesten Kreise der katholischen Bevölkerung erstreckt. Dabei vergesse ich auch jene getreuen Freunde unserer Blätter nicht, die sich nicht selten, ihrer Zeitung zulieb, zu schmerzlichen, persönlichen Opfern verstellen. Mit Recht erscheint eben vielen das Halten und Lesen eines katholischen Blattes wie eine dringliche religiöse Pflicht, die sich an die übrigen heiligen Pflichten gleichwertig reiht. Und das grade verleiht unserer katholischen Presse eine Auszeichnung und Würde, daß sie nicht lediglich getragen wird durch politische Ziele oder geschäftliche und schöpferische Interessen, sondern durch christliche Beweggründe, die im Glauben und Gewissen beruhen.

Damit gewinnt aber auch die katholische Presse eine sichere Fürsprache für ihren weiteren Bestand. Es mögen bei ihr Aufstiege oder Abstiege, wie bei der Kirche selber, erfolgen, zuletzt stehen doch Schriftleiter, Verleger und Leser auf unerschütterlichem Grund. Die katholische Presse nimmt teil an der Unbesiegbarkeit und Unvergänglichkeit der Kirche, in deren Dienst sie sich stellt und deren Segen sie empfängt. So verträglich die Zeitungen als papierne Mätter auch sind, sie stehen durch ihre leichten Ziele im geheilten Dienste des Ewigen, und die Maschinen, die sie mit ihrem surrenden und poshenden Betriebe tagtäglich sehen, drucken und falzen, singen damit ein vielseitiges, machtvolleres Lied, das gradso gut eine Verherrlichung Gottes bedeutet wie das fromme Beten der Menschen und das Leuchten und Kreisen der Sterne, die die Ehre des Dreieinigen rühmen.

Wir treiben Politik für den Papst . . . Wir stehen im Dienste des Papstes, wir werden die Interessen des Papstes verteidigen, wir werden nicht nachgeben. Aber das heißt nicht päpstliche Machtpolitik, nicht irdische Politik treiben. Wir gehen von der Auffassung aus, daß die Kirche der mystische Christus ist und daß sie nichts anderes will als ein außerirdisches Ziel.

Uebersee-Auswanderung aus Sachsen

Wie wir hören, sind im dritten Quartaljahr 1932 aus Sachsen 25 Personen nach Uebersee ausgewandert, darunter nicht weniger als 170 weibliche, während in der gleichen Vorjahrszeit nur 25 Personen ausgewandert sind. Diese Zunahme ist ausschließlich auf eine verhältnismäßig starke Auswanderung im September zurückzuführen, während die übrigen Monate einen Rückgang gebracht haben. Die verstärkte Auswanderung im September dürfte in erster Linie auf die Wirkung gewisser Erleichterungen in den amerikanischen Einwanderungsgesetzen, vor allem zu Gunsten der Frauen und Kinder, zurückzuführen sein. Aus dem ganzen Reich wanderten im 3. Quartaljahr 1489 Personen aus gegen 4503 in der gleichen Vorjahrszeit.

Die Kreditinstitute im Wiederaufbau

wor das Thema eines Vortrages, den Herr Prof. Dr. Schulz beim Deutschen Bankbeamten-Verein E. V. Zweigverein Dresden hält. Der Redner führt u. a. aus: Zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft sei eine positive Wirtschaftspolitik unbedingt erforderlich und den Banken sielen dabei als wichtiges Organ der Volkswirtschaft verschiedene Aufgaben zu. Voraussetzung dafür sei aber, daß die Banken selbst gesund wären. Es habe sich herausgestellt, daß über das Maß der Bankenfusionen von 1931 hinaus weitere Stützungsaktionen des Reiches und der Länder notwendig wurden. Das Reich habe jetzt starken Einfluß auf die Banken und man könne im gewissen Grade von einer Teillösung sprechen. Die Reichsbank erstrebe eine fortlaufende Pflege des Wechseldredits, um dadurch eine bessere Kreditversorgung zu ermöglichen. Der Rückkehr der Banken zur privatwirtschaftlichen Form würden sich zweifellos große Schwierigkeiten entgegenstellen.

Die Konzentration der Betriebe sei aber überlebt und man strebe neuerdings wieder Rückbildung der Mammutbetriebe an. Die Konzentration im Bankgewerbe war die Folge einer starken Überziehung. Als die Reprivatisierung gäbe es verschiedene Möglichkeiten, so den Weg der regionalen Aufteilung, der inneren Dezentralisation und einer Rendierung des Bankencharakters. Bei dieser Rückkehr zur privatwirtschaftlichen Form müsse gebührende Rücksicht auf die Bevölkerungsbewegung genommen werden. Die vorhandene Konzentration in Deutschland, hervorgerufen durch große Nachfrage nach Kapital, durch Verbrauch vom Kapital für Rationalisierungen und durch die Kapitalflucht lasse Rückbildung von Kapital nicht zu. Es wäre also Aufgabe der Banken, der Wirtschaft genügend Kapital zur Verfügung zu stellen. Bei dem vorhandenen Kapitalüberschuss auf den Weltmärkten müsse man den Geldbesitzern wieder Anteil zur Kapitalanlage bieten, unbefristetes Geld wäre vom Geld auf den Kapital-Markt umzuleiten. Dabei sei aber die Schaffung einer Vertrauensgrundlage dringend notwendig.

Als weitere Aufgabe der Banken bezeichnete der Redner die richtige Investition des Kapitals. Es wäre falsch, Kapital für Ueberproduktion zu verwenden. Eine gewisse Planmäßigkeit, bei der auch mittlere und Kleinbetriebe gebührende Berücksichtigung finden, sei notwendig, um Kapitalabschleifungen zu vermeiden. Schließlich müßten die Banken der Wirtschaft Kapital zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stellen. Dabei wird die Diskontpolitik der Reichsbank eine wichtige Rolle zu spielen haben.

Reichsbaudarlehen für Eigenheime

In einer Durchführungsordnung zu Bestimmungen des Reichsbauministers über Reichsbaudarlehen für Eigenheime hat das sächsische Arbeitsministerium angeordnet, daß die Bewilligung dieser Reichsbaudarlehen durch die Zuweisungsstellen erfolgen wird, als die die Stadträte der bezirksfreien Städte und die Amtshauptmannschaften bestimmt worden sind. Die Bauherren haben dort die Reichsbaudarlehen zu beantragen unter Beifügung einer Planung, eines Antrags, sowie von Nachweisen über das Eigenkapital usw. Soweit sich eine Befinanzierung als notwendig erweist, hat sich das "Sächsische Heim", Landes-Siedlungs- und Wohnungsfördergesellschaft in Dresden, hierzu bereit erklärt; die Verhandlungen sind mit ihm unmittelbar zu führen. Zahlungen auf die bewilligten Reichsbaudarlehen können vor Fertigstellung des Baues nicht erfolgen; die Zahlungen des Reiches an die Deutsche Bau- und Bodenbank werden in 15 gleichen Monatsraten, beginnend am 1. Mai 1933, erfolgen. — Bekanntlich hat das Reich beschlossen, in den beiden Rechnungsjahren 1933 und 1934 insgesamt bis zu 20 Mill. RM zur Förderung des Eigenheimbaues bereitzustellen. Als Eigenheime gelten Einfamilienhäuser (Einzel-, Doppel- oder Mehrfamilienhäuser). Der Einbau einer zweiten Wohnung ist zulässig. In erster Linie sind Gewerber zu berücksichtigen, die über besonders viel Fremd- und Eigenkapital für den Bau verfügen. Dabei sind Schwerriegelsbeschädigte und Kinderreiche sowie solche Gewerber zu bevorzugen, die Gewähr dafür bieten, daß

„Juden, Jesuiten und Freimaurer“

Ein interessanter Vortrag Pater Bichlmairs in Wien

Die Reichspost, Wien (Nr. 346) berichtet über einen interessanten Vortrag Pater Bichlmairs S. J., in der er die landläufigen Fabeln über die Jesuiten zurückwies. Da diese Jesuitenfabeln gerade auch in Sachsen ein glaubiges Publikum finden, geben wir die wichtigsten Feststellungen aus dem Vortrage P. Bichlmairs hier wieder:

Die Jesuitenfabeln sind in der Mehrzahl nicht neu; die meisten sind im 16., 17. und 18. Jahrhundert entstanden, also zu einer Zeit, als der Orden seine größte Ausdehnung hatte und anfielen in das öffentliche Leben eingriff und zwischen Protestantismus und Katholizismus Hochspannung bestand. Die angebliche Vergiftung des Papstes Clemens XIV., die Bartholomäusnacht, die Anstiftung des Dreißigjährigen Krieges — alles wurde „Schuld der Jesuiten“; die Fabeln wurden immer wieder widerlegt, aber immer wieder behauptet, auch heute noch, wie die Proschriften aus dem Ludendorffkreis oder der „Mythos des 20. Jahrhunderts“ von Rosenberg zeigen.

Ludendorffs „Evangelium“ beruht auf der Behauptung, daß zwischen Jesuiten, Juden und Freimaurern eine Triplealliance bestehe. Nach seiner und seiner Anhänger Ansicht bedient sich Rom vorübergehend bald der einen, bald der andern, um seine Weltherrschaft durchzuführen, die Völker zu unterjochen und den Vernichtungskampf gegen die iranisch-nordische Rasse zu führen. Dieser Hauptvorwurf von heute wird leichtlich nicht gegen die Jesuiten, sondern gegen Rom, die Kirche, den Papst erhoben.

Der Schlüssel zum Verständnis dieser Geistesrichtung liegt im Massenbegriff, von dem sie ausgeht. Alles wächst vom Biologischen her, alles Geistige ist wesentlich geistet von unten her. Alles, was aus dem Quellengrund der Rasse herausgewachsen ist, ist der höchste und schließlich der einzige Wert, auch die Spiritualität und das Christentum der nordisch-germanischen Rasse. — Christus muß ein Arier sein. Allen diesen Menschen fehlt das Organ für das Übernatürliche, für das Gnadenhalte, für das, was wir Übernatürliche nennen, was von oben kommt. Sie wissen nichts von einem mystischen Christus und kennen nicht die Kirche als übernatürlichen Organismus, der sich aufbaut auf der natürlichen Mannigfaltigkeit von Völkern und Rassen. Aus dieser Einstellung heraus scheint Ihnen die Kirche nur rein natürliche Zwecke zu verfolgen, sie ist Ihnen eine Kampfhelderei, ein irdisches Machtgebilde. Eine größere Verkenntung der katholischen Kirche kann man sich nicht denken. Die Geschichte hat den Beweis erbracht, daß die Kirche der germanisch-nordischen Rasse nicht feindlich gesinnt ist. Es ist eine Fabel, daß die Jesuiten gegen die germanisch-nordische Rasse arbeiten oder daß sie ihren Eigenwert nicht gelten lassen.

Was die angeblichen Beziehungen der Jesuiten zu den Freimaurern anbelangt, so ist von keinem einzigen Jesuiten nachgewiesen, daß er Mitglied einer Freimaurerloge gewesen sei. Ein ehemaliges Mitglied der Ex-Jesuit P. Denis, hat in seinem Testament ausdrücklich erklärt, daß er niemals Mitglied einer Loge gewesen ist. Wie wäre es denkbar, daß wie Jesuiten heimlich Mitglieder der Freimaurer waren oder sind, wo doch jeder der den Freimaurern beitrete, aus der Kirche ausgeschlossen würde?

In den „Sinnen der Zeit“ (Band 100 ex 1925) wird von Ignatius von Loyola behauptet, daß er besonders judenfreundlich gewesen sei. Tatsächlich werden einige judenfreundliche Aussprüche von ihm überliefert. Ignatius selbst war baskischer, also nicht jüdischer Herkunft, und es läßt sich auch nicht eine Spur von einem Pewis für jüdische Abkunft erbringen. Der Geheimsekretär des Ignatius, Polanco, wird häufig als Judenstümmling bezeichnet. Es steht aber einwandfrei fest, daß er es nicht gewesen ist. Jakob Vaquez war jüdischer Abstammung, aber schon seine Urgroßeltern waren Christen. Auch heute noch gilt bei der Aufnahme in den Orden der Grundsatz, daß die Urgroßeltern des Kandidaten getauft gewesen sein müssen. Der General kann dispensieren; die Dispense ist aber nicht immer selbstverständlich. Bernhard Dühr, der Geschichtsschreiber der Gesellschaft Jesu, der den Jesuitenorden sehr genau kennt, schreibt 1924: „Ich wünsche allen nationalen Kreisen, sie mögen so rasserein sein und bleiben wie unser Orden!“

Eine andere Fabel behauptet, der Orden bestrehe jüdische Reichtümer. Es ist doch sonderbar, daß man bei Aufhebung des Ordens nichts davon gefunden hat. Von Reichtum war keine Rede. Aber Paraguay ... Hätten die Jesuiten in Paraguay Reichtümer besessen, die Spanier und Portugiesen hätten sie sicherlich gefunden. Bei der Austreibung der Jesuiten fand man wohl eingerichtete Kollegien und wissenschaftliche Instrumente, aber armliche Wohnungen der Patres. Man nehme Einführung in die Finanzbücher. Man wird nichts finden als einen großen Reichtum von — Schulden.

Kein päpstliches Konistorium?

Der römische Korrespondent der „Times“ will aus bestunterrichteter Quelle wissen, daß in diesem und wahrscheinlich auch im folgenden Jahre kein Konistorium stattfinden soll. Seit Juni 1930 ist kein Konistorium, in dem Kardinäle kreiert werden, mehr abgehalten worden, während vordem seit alle halbe Jahre ein oder mehrere Prälaten zu Kardinälen erhoben wurden. Zur Zeit besteht das hl. Kollegium aus 53 Mitgliedern. Von diesen sind 24 „in curia“ und residieren also in Rom, während 29 von ihnen Erzbischöfe oder Bischöfe in verschiedenen Teilen der Welt sind. Das vollzählige Kollegium besteht bekanntlich aus 70 Mitgliedern.

Der Grund, weshalb der Papst vorläufig keine neuen Kardinäle ernannt, ist vielleicht der, daß die ersten Kräfte der Hierarchie ihre Wirksamkeit am besten auf dem Pöbel entfalten können, den sie augenblicklich bekleiden. Die Erhebung zum Kardinalat würde in einigen Fällen aus alten Prälaten positive Berater machen. Dies gilt allgemein für Rom und das Ausland, aber insbesondere für die diplomatischen Posten des Papstes. Daraum soll der Kardinalshut für die, welche ihn verdienen, auf ruhigere Zeiten aufbewahrt werden. Ohne Zweifel wird wieder ein Konistorium stattfinden, wenn die Zahl der vakanen Sitze im hl. Kollegium noch weiter erheblich gestiegen ist.

sie den Lebensunterhalt ihrer Familien durch den Ertrag des Grundstücks im Wege der Selbstversorgung erleichtern werden. In jedem Fall muss der Bewerber Eigenkapital in Höhe von mindestens 30 Prozent der Bau- und Nebenkosten zugänglich des Werts von Grund und Boden nachweisen können. Das Reichsbaudarlehen soll in der Regel 1500 RM. nicht übersteigen, darf aber in besonderen Fällen bis auf 2000 RM. erhöht werden.

Dresden und Umgebung

"Sachsenring" — Güterkraft-Fernverkehr

Wie die Dresdner Volkszeitung meldet, seben die Pläne für den organisatorischen Zusammenschluss des Autotrenn-Transportgewerbes die Bildung einer "Sachsenring"-Genossenschaft vor, die den Dresdner mit dem sächsischen Güterfernfrachtwirtschaft zusammenschließen soll. Sitz des "Sachsenrings" soll Leipzig werden; in allen größeren Städten sind Geschäftsstellen vorgesehen. Es besteht die Absicht, den Zusammenschluss der selbständigen Unternehmer im Güterkraftverkehr über ganz Deutschland regional auszubauen. Vor einigen Tagen ist schon für Bayern der "Südring" gegründet worden. Weiter sind ein "Nordring", ein "Südwestring", ein "Westring", und ein "Otring" mit dem Sitz in Hamburg bzw. Mannheim oder Stuttgart, bzw. Düsseldorf, bzw. Breslau vorgesehen.

Ungarischer Besuch in Dresden

Am Donnerstag gegen 10 Uhr traf die angekündigte große ungarische Reisegesellschaft, aus Berlin kommend, in Dresden ein. Nachdem etliche Photographen ihres Amtes gewalzt hatten, wurden die Gäste aus Südost in elf große Postautos durch die Stadt gefahren, um die Schönheiten Dresdens kennenzulernen.

: In den Ruhestand. Min.-Bür.-Dir. Brüchner vom Ministerium des Innern ist mit Wirkung vom 1. Dezember 1932 ab in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

: Nächtsche Schlägerel. Gestern früh fand ein Polizeibeamter in der Neustadt einen 35 Jahre alten Schlosser auf der Straße liegend in bewußtlosem Zustand auf. Der Mann war bei einer nächtlichen Schlägerel schwer verletzt worden und hatte u. a. eine Gehirnerschütterung erlitten. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus gebracht.

: Staatliche Kraftwagenverwaltung. Aufzählich des Weihnachtsfestes erhalten die vom 21. Dezember an auf den staatlichen Kraftwagenlinien und den Linien der Reichspost im Kreisstaat Sachsen gelösten Rückfahrtchein ausnahmsweise Gültigkeit bis mit 10. Januar 1933.

: Die Brotverbilligung für Unterflügungsempläne, die von den Bäckereimittlern und vom Konsumverein vorwärts allein, bei Abgabe des Brotes in den einschlüssigen Einzelhandelsgeschäften aber von den Herstellern und Wiederverkäufern je zur Hälfte getragen wird, bedeutet für die Beteiligten große Opfer. Um diese Aktion zur Linderung der Not der Unterflügungsempläne auch weiterhin durchführen zu können, muss erwartet werden, daß sie auch wirklich nur von den Bezugsberechtigten in Anspruch genommen wird. Es ist aber bekannt, daß von dieser Vereinigung auch andere Kreise Gebrauch machen dürften, doch sie sich diese Verbilligungsscheine verschaffen. Geder Missbrauch, momentlich Weitergabe der Scheine an Nichtbezugsberechtigte, wird strafrechtlich verfolgt. Auch dürfen andere Waren als Brot auf die Verbilligungsscheine nicht abgegeben werden.

Ziehus Sarafani erwidert auf die zahlreichen Anfragen aus der Bevölkerung, daß Karten zum Weihnachts-Tanzspielprogramm schon jetzt an den Auktionshäusern, Tel. 58918/49 und im Reka erhältlich sind. Die Wiedereröffnung geht am Donnerstag, den 22. Dezember, als Festvorstellung aus Anlaß des 20-jährigen Bestehens des Gebäudes vor sich.

Adventsfeier des FDJ.

Ida Coudenhove über das Adventserleben des Katholiken in seiner Kirche

Dresden, 15. Dezember.

Ein wichtiger Erfolg war die Adventsfeier des Freiwilligen Arbeitsdienstes katholischer Mädchen am Mittwoch abend. Saal und Galerie des Kolpinghauses waren überfüllt; nicht alle, die zu der Feier gekommen waren, konnten einen Sitzplatz finden. Neben zahlreichen Vertretern des Klerus und führenden Mitgliedern der Vereine katholischer Viebstätigkeit sah man unter den Ehrengästen u. a. den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Dr. Schulze.

Der gemeinsame Gesang des alten Adventsliedes „Taut Himmel den Gerechten!“ leitete die Feier ein. Dann sprach Caritasdirektor Pfarrer Karl Werner herzliche Worte der Begrüßung. Insbesondere würdigte er die Bedeutung des Freiwilligen Arbeitsdienstes für die arbeitslose Jugend. Die Arbeitslosigkeit drohte bei den von ihr betroffenen Jugendlichen alles zu zerstören, was Elternhaus, Kirche und Schule in ihnen aufgebaut hatten. Der Arbeitsdienst wehrt die Gefahren ab. Er erhält die Lust an geordneter Tätigkeit, gibt den jungen Menschen das Glück einer edlen Kameradschaft, Daseinsfreude und auch einen kleinen Verdienst. Von katholischer Seite sind in Sachsen zunächst zwei Arbeitsdienste — für Jungmänner und Jungmädchen — auf der Rochsburg eingerichtet worden; gegenwärtig laufen männliche Arbeitsdienste in Moritzthal, Gorlitz und auf der Rochsburg, weibliche in Heidenau, Schirgiswalde und in Dresden. — Pfarrer Werner dankte dem Landesarbeitsamt und dem städtischen Arbeitsamt Dresden für das Entgegenkommen bei diesen Arbeiten, und ebenso den um die Durchführung in erster Linie verdienten Kräften: Kaplan Pfeiffer, Gräfin Troeger, Fr. Prange und Fr. Ida Coudenhove. Er schloß mit einem Appell, mitzuhelfen an der Arbeit für die Jvaend. — Lebhafte Beifall folgte dieser von lebendigem Eifer für die Sache getragenen Ansprache.

Der Singkreis unter der kunstverständigen Leitung von Kaplan Köhler sang dann „Wacht auf,

ruft uns die Stimme“ und „Tochter Zions, freue Dich!“, und dann sprach

Ida Coudenhove

über unseren Advent, über den Advent, wie ihn der katholische Christ in seiner Kirche erlebt. Advent ist uns mehr als die Wiederkehr der Jahreszeit, in der die Mächte lang werden und der Winter seine Herrschaft antritt, mehr als die Vorbereitung auf den Heiligen Abend als auf das große Fest der Kinder. Wenn die Kirche vom Kommen des Erlösers spricht, so, als wäre er noch nicht über die Erde gewandelt, als wolle er noch nicht unter uns, dann ist das eine Mahnung an jede einzelne Seele. Denn jeder Mensch erlebt wieder, was die Schöpfung erlebte: Seligkeit der Nähe Gottes, Verlust der Unschuld, Verzweiflung und dann das Warten auf den Retter. Von diesem Schicksal der Menschenseele redet auch das Paradiespiel, das wir heute abend zeigen. Es soll ein Gleichnis sein, eine Botschaft an jeden Hörer.

Vom Warten der Welt auf den Erlöser spricht der Advent. Und wir empfinden die Wahrheit dieser Botschaft doppelt im Prunk und in der Armut der Welt, in der wir heute leben. Der Christ muss auch heute sich beweisen sein, daß er mitten im Kampf um die Herrschaft Gottes über die Welt steht. Der Kampf um das Reich Gottes ist zugleich der Kampf um die Erneuerung der Welt. So bedeutet der Advent für uns Wachsein, innere Spannung, Hinlenken des Reichs auf die ringende und streitende Kirche, die dem Herrn den Weg bereitet. So wollen wir den Advent mit der Kirche erleben: Demütig und wachsein und wissen, daß der Herr denen nahe ist, die guten Willens sind.

Mit herzlichem Beifall wurde diese geistvolle und doch auch den einfachen Hörer fesselnde Ansprache aufgenommen. Sie zeigte aus neuer, weich wertvolles Geschenk Bischof Gröber der Diözese Meißen gemacht hat, als er Ida Coudenhove — die als Schriftstellerin einen Namen besitzt, der über Deutschlands Grenzen hinaus bekannt ist — für die Arbeit in unserer Diözese gewann. Ihre Bildungsarbeit an der weiblichen Jugend ist zweifellos ein außerordentlicher Gewinn für das Bistum, und wir hoffen, das in dieser Arbeit beschlossene Vermächtnis Bischof Gröbers für die weibliche Jugend unserer Diözese möge uns erhalten bleiben. —

Das Paradiesspiel, von jungen Damenpielen ganz trefflich dargestellt, zog dann die Teilnehmer der Feier in selnen Bann. Es stellt in schlichten Zügen die Errettung des Menschen und seinen Sündenfall dar, klingt dann aber aus in die Hoffnung auf Erlösung. Die Spieler wußten sich dem Stil des Werkes ganz vortrefflich anzupassen; eine Wiederholung wäre lohnend. — Ein Sprachchor „Am Anfang war das Wort“ ging dem Spiel voran. Den Abschluß bildete der gemeinsame Gesang: „O Heiland, riech' die Himmel auf!“ Mit den Liedern „Maria durch den Dornwald ging“ und „Es ist ein Ros entzündet“ gab der Singkreis den Kreis der Feier, deren Teilnehmer den Kreis der Veranstalter für einige Stunden besinnlicher Adventsstimmung zu danken haben.

Eine Ausstellung der vom Arbeitsdienst angefertigten Gegenstände war an der einen Seite des Kolpinghauses aufgebaut. Sie ließ erkennen, wie der A. D. es verstanden hat, die hausfrauliche Begleitung seiner Teilnehmerinnen zu fördern, insbesondere die heute so nötige Kunst, aus billigen und kleinen Dingen gefällige und brauchbare Geschenke herzustellen. —

Als Ines aus Leningrad kam

Roman von Maria Renée Daumas.

(Mädchen verbunden).

Ines stand noch immer mit gesenkter Stirne, und Katja antwortete statt ihrer mit leicht belebter Stimme: „Gewiß, Alexander Alexandrowitsch, werden wir uns allem fügen. Wann sollen wir heute abend kommen?“ „Um acht Uhr“, sagte Stolaniin und erhob sich. Er war froh, hier herauszukommen. Die Lust war dumpf, und die Frauen waren so blaß. Auch fühlte er, daß er keine Freude ins Haus gebracht hatte, und da er ein gutmütiger Mensch war, bedrückte ihn das ein wenig.

Stumm sahen die Frauen einander an, als er gegangen war; dann versuchte Ines zu lächeln, wie um der anderen Auseinandersetzung zu geben.

„Vielleicht werde ich ihm nicht gefallen, und er wird nicht auf den Handel eingehen“, sagte sie zögernd. Aber ja! war es Katja, die ein trübes Lächeln zeigte.

„Wem solltest du nicht gefallen, Ines? Der Mann mühte ja blind sein. Dazu kommen die äußersten Vorteile, die ihm die Ehe mit dir bringt.“

Er wird schöne und elegante Frauen gewöhnt sein. Du hast mir doch erzählt, wie schön die Damen in den großen Städten sind“, sagte Ines. Aber auch sie war nicht sehr zuversichtlich.

Katja wandte sich ab und ging nach dem Kleiderschrank; sie zog ein hellblaues, schwarzes Kleid hervor und betrachtete es prüfend.

„Ich werde es mit einem weißen Kragen und weißen Stulpen versehen“, sagte sie mehr zu sich selbst als zu dem Mädchen. „Dann wirkt du einfach und doch sehr ausleuchtend. Vielleicht schenkt die Alexander Alexandrowitsch eine kleine weiße Blume zum Anstecken!“

Wieder lächelte Ines: „Willst du mich zur Brautschau schmücken, Mütterchen Katja?“

Pünktlich um acht Uhr erschienen dann die beiden Frauen bei Stolaniin und wurden logisch in das nette, aber ein wenig düster anmutende Zimmer geführt, in dem auf einem in die Ecke gerückten Tisch der Samowar brodelte und auf einer großen Platte appetitlich gerichteter Sandwiches lagen. Wie überall, so waren auch in diesem

Ort für viele Geld Lebensmittel und Delikatessen zu kaufen, während ein großer Teil der Bevölkerung kaum das Notdürftig zum Leben hatte, und Greise und Schwächlinge Hungers starben.

Sie fanden den Hausherrn im Gespräch mit einem großen breitschultrigen Herrn in elegantem Abendanzug.

Das ist der Ingenieur, der sich für eine Ehe mit mir lassen will, dachte Ines und sah den Mann mit ihren rohen, klaren Blicken forschend an.

Welch wunderbare Augen hat dieses Mädchen, staunte Alfred Webner, und es wurde ihm unwillkürlich warm ums Herz.

Stolaniin stellte seine Gäste mit ein wenig viel Gesäßchen einander vor, ihm, dem Junggesellen, war die Situation unbeabsichtigt; er sah plötzlich, er eignete sich nicht zur Ehemittlung, dazu gab sich Alfred Webner noch recht stolz und das Mädchen sollte ernd; Katja aber sah vergrämmt und ein wenig ängstlich aus.

Endlich darauf sah man um den runden Tisch; man hatte es so eingerichtet, daß die jungen Leute nebeneinander saßen. Die Unterhaltung wurde deutlich geführt, und Webner freute sich, die vertrauten Heimatlaute aus dem Munde des Mädchens zu hören.

„Sie sprechen kaum mit fremdem Sprachlang“, sagte er zu ihr, „und sind doch, wie ich hörte, seit frühesten Kindheit in Russland.“

Mütterchen Katja, die mich erzogen hat, ist eine Deutsche, wie meine Eltern; wenn wir allein sind, sprechen wir nur deutsch.

„Sie sehnen sich fort aus Russland!“ Er beugte sich ein wenig vor, wollte wieder einen diele märchenhaften, offenen Blick erhalten, und der sollte ihm gelingen, doch sie auf ihn als Retter hoffte.

Aber sie sah wie unendlich eradeaus und blieb ihm einen Augenblick lang die Antwort schuldig. Endlich sagte sie:

„Ich sehne mich nicht fort, — aber meine Eltern wünschen, daß ich zu ihnen komme, und ich werde glücklich sein, sie endlich kennenzulernen.“

„Sie kennen Ihre Eltern gar nicht?“ fragte er fast erschrocken.

Sie schüttelte langsam den Kopf.

„Nein, ich habe ein paar alte Jugendbilder von Ihnen,

aufgehoben hat; sonst habe ich nur Briefe von beiden Eltern. Sie aber werden von der Zeitur so arg zusammengezogen, daß kaum etwas anderes als ein paar banale Nebensachen über Gesundheit und Familienmitglieder übrig bleibt.“

Er neigte sich noch näher zu ihr hinüber so als wollte er verhindern, daß Stolaniin ihn hörte, der sich übrigens angelegentlich mit Katja unterhielt und ihr versprach, ihre Bilder aus Berlin und vom Rhein zu zeigen.

„Leiden Sie denn nicht unter den hiesigen unströhen Wetterbedingungen?“ fragte Webner.

Sie schüttelte leise den Kopf: „Ich kenne ja nichts anderes seit meiner frühesten Kindheit, und jetzt geht es uns doch noch gut im Vergleich zu den argen Zeiten der Revolution, wo kein Mensch seines Lebens sicher war, und die Bolschewiken Seleskoft, Mütterchen Katjas Mann, eines Tages beinahe gehalten hätten... ja, sie hatten ihn schon unter eine Latte gestellt und wollten ihn gerade hochziehen, als ein Trupp Rotgardisten vorbeikam und mit den Leuten, die sich Seleskoft bemächtigt hatten, einen Streit anfing; es gab eine wilde Schlagerel und dabei konnte er ausrücken.“

Er hat sich dann wochenlang nicht mehr auf die Straße getraut, aber allmählich ist ja alles etwas ruhiger geworden.“

Stolaniin erhob sich jetzt und ging mit Katja ins Nebenzimmer, wo er in einem großen Schrank seine Bibliothek aufgestellt hatte; dort wollte er ihr alles zeigen, was er aus Deutschland mitgebracht hatte.

Webner aber lagte zu Ines.

„Und über all das sprechen Sie so ruhig, als erzählten Sie eine Geschichte, die Sie in irgendeinem Buch gelesen haben, und als wären es nicht Schreckensgeschichten, die Sie selbst, ein junges Mädchen, miterlebt haben.“

Sie hob leicht die Schultern: „Vielleicht wird auch der Schrecken zur Gewohnheit.“

Er dämpfte seine Stimme: „Ich könnte hier nicht lange leben, — die ganze Umgebung, die Arbeitsverhältnisse, der Anblick der Menschen, all das bedrückt mich, läßt meine Arbeitsfreudigkeit ab, obgleich ich mir natürlich Mühe gebe, meine Blicke zu tun und meinen Platz auszufüllen; Stolaniin ist, soweit ich es beurteilen kann, auch zufrieden mit mir.“

(Fortsetzung folgt).

Notizen

... katholisch lebt in Mischehe ..."

Wir hatten schon häufig das Missvergnügen, über die Sorgen zu berichten, die man sich in den Kreisen des Evangelischen Bundes hinsichtlich der protestantischen Zuverlässigkeit des Reichsanzlers v. Schleicher macht. Nun veröffentlicht die "Deutsch-Evangelische Korrespondenz", das offizielle Organ des Evangelischen Bundes, in Nr. 48 eine vollständige Konfessions-Statistik des neuen Kabinetts. Man lese mit Undacht:

"Das neuernannte Kabinett Schleicher bietet in konfessioneller Hinsicht nachstehendes Bild: General der Infanterie a. D. von Schleicher, Reichskanzler, beauftragt mit der Wohlfahrtung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers, evangelisch; Dr. Bracht, Reichsminister des Innern, römisch-katholisch; Geh. Regierungsrat Dr. Sprüng, Reichsarbeitsminister, evangelisch; Freiherr v. Neurath, Reichsminister des Auswärtigen, evangelisch; Graf Schwerin v. Krosigk, Reichsminister der Finanzen, evangelisch; Dr. Güttinger, Reichsminister der Justiz, katholisch lebt in Mischehe und hat evangelische Kinder erziehung; Freiherr Eltz von Rübenach, Reichspost- und Reichsverkehrsminister, römisch-katholisch; Dr. Popitz, Reichsminister ohne Geschäftsbereich, evangelisch; Landrat a. D. Dr. Gereke, Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, evangelisch; Freiherr v. Braun, Reichsernährungsminister, evangelisch; Dr. Warmbold, Reichswirtschaftsminister, evangelisch."

Man sollte meinen, selbst den Evangelischen Bund sollte es beruhigen, daß unter 11 Reichsministern nur drei Katholiken sind. Also weniger als dem Prozentsatz der Katholiken unter der Gesamtbewohlung des Reiches entspricht. Aber der Evangelische Bund ist vorsichtig, und um seine Mitglieder hinlänglich zu beruhigen, teilt er ihnen mit, daß der Herr Dr. Güttinger — der ja der Deutschnationalen Partei angehört und daher nicht so unbedingter Missbilligung sicher ist wie Dr. Bracht, der in seiner Jugendhünden Blüte einmal dem Zentrum nahe stand — daß also der Deutschnationale Dr. Güttinger zwar katholisch ist, aber „in Mischehe mit evangelischer Kindererziehung“ lebt. Im gewöhnlichen Leben nennt man eine solche Anmerkung *taktlos*. Aber in diesem Falle kann wohl kein Zweifel sein, daß die Deutsch-Evangelische Korrespondenz dem Herren Dr. Güttinger ein Kompliment machen wollte, als sie seine Treue der katholischen Kirche gegenüber in Zweifel zog. Herrn Dr. Güttinger aber dürfte dies Kompliment kaum gefallen.

Liberaler Rückfall

Ab und zu erleben die liberalen Blätter, die sich während der letzten Jahre daran gewöhnt hatten, unnötige Angriffe gegen andere Mittelparteien zu unterlassen, einen Rückfall in die wenig ruhmvreiche Zeit, da sie gegen das „schwarze“ Zentrum wacker zu Felde zogen. Das positiert sogar der sonst so sachlichen Frankfurter Zeitung (Nr. 928/9), die zum badischen Konföderat und dem Zerbrennen der Weimarer Koalition in Baden schreibt:

Das Zentrum benutzt die formalen Blößen, die sich die Sozialdemokratie gegeben hat, um seine eigene Korrectheit in hellem Lichte estrahlen zu lassen; die Selbstgerechtigkeit des Zentrums, ohnehin gerade bei dieser Partei hochentwickelt, findet hier den willkommensten Anlaß, sich laut zu machen. In Wahrheit trägt die Partei an dem Prüfungswesen der Koalitionen des letzten Jahrzehnts und an der Isolierung, in die sie selbst mehr und mehr geraten ist, ihren vollen Schuldanteil. Es ist dem Zentrum nicht gut bekommen, daß ihm die Verhältnisse in Baden eine so beherrschende Rolle geben; unter anderem wurde es durch diese übergröhe Machstellung dazu verleitet, die Konkordatsfrage weit über deren soziale Wichtigkeit hinaus seit Jahren zum Mittelpunkt seiner Koalitionspolitik zu machen und dadurch den gesellschaftlichen Eindruck zu erwecken, daß es in erster Linie nicht Staats-, sondern kirchenpolitisch interessiert sei. Außerdem sieht die Verträge unter Nach und Nach sind, wird man sehen, ob es sich bei den kommenden Entscheidungen, die ja um die gesamten Grundlagen der politischen Kräfteverteilung des Landes gehen werden, im Sinne Josef Schöfers wieder mehr von staats-politischen Gesichtspunkten, und zwar von den Gesichtspunkten einer demokratischen Volkspolitik, leiten lassen wird."

Der Liberalismus, dessen sämtliche Gruppen auf dem Gebiete der praktischen Politik während der letzten

Bischof Legge bei den Kolpingjüngern

Adventsfeier im Gesellenverein Bauhen

Dann sprach der

Bischof Legge zur Jugend:

Möge diese in Form und Inhalt seine und wirksame Feierstunde euer Herz der Freude öffnen, daß ihr die Tiefe und Größe des Weihnachtsfestes ganz erfaßt. Zu meinem Dank und meiner Anerkennung sage ich den Wunsch, daß euch der Advent zum inneren Erleben werde. Zu diesem Erleben führen uns die Dichter und Maler, sie wecken zumindest in uns die gefühlsmäßige Einstimmung. So ganz erleben kann man das Adventsgefeiern in einem urkatholischen Lande, wo sich jung und alt am frühen Wintermorgen im Dorfkirchlein zur Stille einfand und sein Lichtlein in der Kirchenbank aufleuchtet läßt. Die Sehnsucht nach dem Erlöser ist im Fachwerk, auch in den Kreisen denen Gott verloren gegangen war. Und wenn wir das Suchen Mariens und Josephs nach einer Herberge auf unsere Zeit anwenden, ist's nicht auch heute so, daß dem Heiland die Herberge in den Menschenherzen verweigert wird? Gebt ihr dem Erlöser Herberge, werdet ihr Lichtträger in dunkler Zeit; so erfüllt Ihr die religiöse Seite des Kolpingprogramms.

Auf die ernste Feierstunde schloß sich eine frohe Plauderstunde an, die der hochw. Herr im Kreise der Jugend miterlebte. Er ließ sich jedes Mitglied vorstellen und sond für jeden ein liebes Wort. Das Hoch der Jugend kam aus begeisterten Herzen, der Familienabend am 14. Dezember wird allen Teilnehmern immer eine liebe Erinnerung bleiben. — nz.

Dann folgte verklärt vom warmen Kerzenschein die Feierstunde, die in vier Abschnitte Lesungen aus der hl. Schrift und Adventslieder brachte, zu denen der Senior die verbindenden Worte sprach. Die vorgetragenen Abschnitte erzählten den ergriffen laufenden jungen Menschen vom Sündenhall, von dem Erlösungssehnen der Menschheit, vom Erlösungshofen der Propheten und von der Verkündigung.

Jahre elend Schiffbruch gelitten haben, sollte doch etwas besserdiner in der Kritik anderer Parteien sein. Die badische Koalition besteht seit 1919, und 1932 wird glücklich das Konföderat angenommen. Wer da noch behauptet, daß Zentrum könne in den Verdacht kommen „in erster Linie“ kirchenpolitisch eingestellt zu sein, der macht sich ernsthaft lächerlich.

„300 000 Mark oder —“

Der die 300 000 Mark haben will, das ist der Geheimrat Hugenberg, und man weiß ja, daß der ein „einnehmendes Wesen“ hat. Und der sie bezahlen soll, aber nicht bezahlt möchte, das ist Herr Doktor Josef Goebbels, Gauleiter der NSDAP. Berlin. Herr Goebbels hatte bekanntlich im „Angriff“ einen Aufruf veröffentlicht, in dem die Nationalsozialisten aufgefordert wurden, nicht mehr die bürgerlich-nationale Presse zu lesen. Nun hat ihn der Scherl-Verlag (Hugenberg) auf 300 000 Mark Schadensatz verklagt.

Verdient schon diese praktische Betätigung der Harzburger Front Beachtung. Sie ist geradezu ergötzlich der Trix, mit dem Dr. Goebbels sich vor der Zahlung drücken will. Er veröffentlicht nämlich im „Angriff“ eine Aufforderung, frühere Leser der Scherl-Blätter sollten ihm mitteilen, daß sie diese Blätter nicht auf den in Rede stehenden Aufruf hin, sondern aus anderen Gründen abgestellt hätten. Auf diese Weise soll nachgewiesen werden, daß dem Scherl-Verlag durch den umstrittenen Aufruf kein Schaden entstanden sei.

Merkwürdige Sache: Der nationalsozialistische Führer Goebbels bemüht sich um den Nachweis, daß sein eigener Aufruf wirkungslos geblieben sei. Wo es doch sonst immer in der nationalsozialistischen Presse heißt, daß „Zehntausende bereitstehen, um dem Aufruf des Führer zu folgen“...

Rudolph. An den Folgen des am vergangenen Mittwoch auf dem Nachhauseweg von Ernstwitz erlittenen Schlaganfalls, verstarb am Dienstag nachmittag Herr Gutsauszügler Peter Schmole in Rudolph. Der Verstorbene, der im kommenden Monat seinen 80. Geburtstag hätte feiern können, war eine in Landwirtschaftskreisen führende und weit und breit geschätzte Persönlichkeit. Nicht nur Berufstüchtigkeit, sondern auch langer Charakter machten „Vater Schmole“ überall geschätzt. Dem landwirtschaftlichen Verein zu Lehndorf war Herr Schmole jahrelang ein weiser Führer, wie er überhaupt dieser Berufsorganisation jederzeit seine Treue bewahrt

An alle Freunde der Katholischen Schule in Ostritz und Altstadt!

Viele Tausende katholischer Kinder sind durch unsere Ostritzer Katholische Stadtschule und die Katholische Schule von Altstadt gegangen.

Unsere katholische Schule zu erhalten, müssen alle Katholiken zusammenstehen.

Es muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß im nächsten Jahre neue Schulkämpfe herausbrechen. Von unserer Seite wird nichts getan werden, um sie herauszubekämpfen. Aber wenn unsere Schule bedroht wird, müssen wir sie geschlossen verteidigen. Das sind wir unseren Vorfahren schuldig, die unsere Schule mit größten Opfern gegründet und unterhalten haben. Das sind wir auch den Nachkommen schuldig, denen wir das hohe Gut der katholischen Schule erhalten müssen. Merkt ihr nicht, wie sich die Welle des Pöbelwismus heranwälzt? Eine furchtbare Verantwortung, die uns niemand abnehmen kann, ruht auf jedem Katholiken.

Wer will, daß keine katholische Stimme verlore geht, wählt die katholische Einheitsliste 4 der Zentrumspartei!

Leipziger Konzerte

Dritte Kammermusik des Gewandhauses. Professor Edgar Wollgandt im Verein mit Karl Wölsche, Carl Herrmann und Konzertmeister Hans Münnich-Holland ließen bei Wiedergabe des technisch und vor allem inhaltlich schwer zu fassenden Quartets W. 132 von Beethoven stärksten Eindruck zurück. Diesen hochangefeuerten und viel beschäftigten Künstlern des Gewandhaus-Orchesters war das überaus schwierige gelungen, auch den letzten Rest der inneren Instrumentalen Spiel-Einstellung zu überwinden. Mit inniger, dankbarer Teilnahme folgte man ihrem durchgestalteten Spiel. Stolz auf diese großen Künstler. Kein Wunder, wenn sie auf ihren Kunstreisen volle Erfolge sich erzielen... Dieser Vorort ließ den ehrwürdigen Charakter dieser Musik als eines Bekennnisses in glückliche Erscheinung treten... Das folgende Quartett von Mozart (K. 575) in D-Dur ermöglichte Vorsingen wie Vortragenden geistiger Aussichten... Auf das lebhafte begüßt, trat darauf Bruno Walter an den Flügel. Der Meister des Taktkastens spielte mit Wollgandt und Münnich-Holland das unsterbliche Dur-Trio von Franz Schubert (W. 90). Gewiß ein Musik-Ereignis. Eine starke Kunst-Kraft ging aus von diesem faszinierenden Großkünstler am Flügel. Leipzigs Musikkreise kennen ihren Walter von seinem gelegentlichen meststerhaften Klavierpiel in Gewandhauskonzerten her... Der Veit soll begeistertes Tempo des 1. Satzes wirklich ein *Moderato* (= *Allegro*)... War sie der Meister am Flügel darüber klar, daß der Mammut-Flügel geformt und intoniert ist in seiner durchbaren Größe, um einem Gewandhaus-Orchester die musikalische Spitze zu bieten?... Ist doch ein Musik-Untergum nicht dazu da, einen Großen-Saal auszufüllen?... Wie dröhnten in dem kleineren Kammermusiksaale die Bässe — wie gellten die Pianoholzhäne der Höhenlage in die Ohren!... Hugo Riemann urteilt über die Klaviersonaten eines Schubert, daß sie „Vie de r“ seien. Ganz unsere Meinung. Aber dies gilt auch — und im vollen Umfang von seinen beiden Trios. Vor allem diesem in B. Das Sinfonie dieser einzigen-möglichen Musik, das ausgesprochen Lyrische — auch des ersten (I) Satzes — kam zu kurz. Ganz naturgemäß muhte der lezte Satz — mit seinem Einschlag von *Allegro vivo* — am besten glücken. Und: „Ende gut — alles gut“...

Dr. Hugo Lödmann.

Leipzig. Kirchenmusikalische Abendandacht in der Liebfrauenkirche zu Lindenau. Der Dank, vier Arie vergleichsweise zu bringen: Palestrina (Pavona Sion) — Th. Haugendorf (Gloriosa) — Jos. Kromoloch (Missa brevis) — und Schröder (Messe in C-Moll) — erwies sich als sehr gut. Auch das *Venidictus* (Palestrina) sowie das *Hochpreis meine Seele* von Kromoloch gaben dem strebsamen Chorleiter und dem verdienten Chor eine willkommene Melancholie, ihr geprägtes können zu beweisen. Die Zurückhaltung im Zeitmaß, mit dem Dr. Goebbels sich vor der Zahlung drücken will. Er veröffentlicht nämlich im „Angriff“ eine Aufforderung, frühere Leser der Scherl-Blätter sollten ihm mitteilen, daß sie diese Blätter nicht auf den in Rede stehenden Aufruf hin, sondern aus anderen Gründen abgestellt hätten. Auf diese Weise soll nachgewiesen werden, daß dem Scherl-Verlag durch den umstrittenen Aufruf kein Schaden entstanden sei.

Dr. Hugo Lödmann.

Das Weihnachtsoratorium findet doch statt. Nachdem es den Bemühungen des Rates gelungen ist, die entgegenstehenden technischen und finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden, kommt das Weihnachtsoratorium in der angelegten Weise in der Thomaskirche zur Aufführung, und zwar am Sonnabend, 17. Dezember, die Hauptprobe und am Sonntag, 18. Dezember, die Hauptaufführung.

Kaufmannschaft. Die dem Reichsverband deutscher Tonkünstler und Musischreiter angehörenden Musikhändler Rud. Feigler, Willy Wulffius, Lucy Helmolt, Frieda Todtler-Striegler, Johannes Striegler, Helene Zimmermann gaben einer Reihe vorgeschrif-

teter Schüler Gelegenheit, ihre schönen Können zur Begutachtung zu stellen. Innerhalb dieses Studienkonzertes ließen vier Arie vergleichsweise zu bringen: Palestrina (Pavona Sion) — Th. Haugendorf (Gloriosa) — Jos. Kromoloch (Missa brevis) — und Schröder (Messe in C-Moll) — erwies sich als sehr gut. Auch das *Venidictus* (Palestrina) sowie das *Hochpreis meine Seele* von Kromoloch gaben dem strebsamen Chorleiter und dem verdienten Chor eine willkommene Melancholie, ihr geprägtes können zu beweisen. Die Zurückhaltung im Zeitmaß, mit dem Dr. Goebbels sich vor der Zahlung drücken will. Er veröffentlicht nämlich im „Angriff“ eine Aufforderung, frühere Leser der Scherl-Blätter sollten ihm mitteilen, daß sie diese Blätter nicht auf den in Rede stehenden Aufruf hin, sondern aus anderen Gründen abgestellt hätten. Auf diese Weise soll nachgewiesen werden, daß dem Scherl-Verlag durch den umstrittenen Aufruf kein Schaden entstanden sei.

Dr. Hugo Lödmann.

Die Aufführung von Szenen aus Verdis „Trobabour“ vergewisserte, daß geschickte Hände von Schülern aus der Schule von Professor Baranowsky die Stilbühne sehr eindrucksvoll zu gestalten imstande sind. Wie überhaupt die Zusammenarbeit von Orchester (Kunst Hinde als feinmusikalischer Dirigent), Spielleitung (Waldemar Stoeckmann als lebensvoll und impulsiv gestaltender Spielleiter) und den Solisten einer in vollem Umfang nach Geschlossenheit und grohem Zuge gerichteten Aufführung sehr starke Eindrücke hervorrief. Die Hauptpartien waren mit Gertrud Schöne, einer gesanglich und darstellerisch sehr talentierten Sängerin als „Leonore“, Gertrud Schneid, einer stimmlüftigen „Aurelia“ mit wohlklingendem, ausdrucksgebundem Mezzosopran, Kristiansson, der als „Manrico“ eine ständige, schöne Entwicklung seiner geschmeidigen Tenorstimme erkennen ließ, und Großmann als „Luna“ mit trefflichen Stimmmitteln und geschicktem Gestaltungswillen aufs gläubigste befiehlt. Die Aufführung gab Anlaß zu starker Beifall und Dank.

X

